

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 267 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 30. November 1934

Chefredakteur: M. Braun

Nazis kaufen „Westland“

Seite 2

Schupos schreiben an die „Deutsche Freiheit“

Seite 4

Ein Aufruf für Ossietzky

Seite 7

Die Boykottwelle wächst

Seite 8

Weltrüstung gegen Deutschland

Aufforderung an Berlin, Stand und Ziele der deutschen Rüstung bekanntzugeben Vor einer Schwenkung der deutschen Außenpolitik?

Das britische Unterhaus hat sich am Mittwoch mit der deutschen Aufrüstung beschäftigt. Es gab bedeutsame Abweichungen zwischen den einzelnen Reden, aber geeint war das ganze Haus in der Ueberzeugung, daß die jetzige Regierung Deutschlands die Verantwortung für die Beunruhigung und die Vergiftung der europäischen Atmosphäre trage. Das sprach auch der stellvertretende Ministerpräsident Baldwin unambiguos aus. Der Konservative Churchill unterschied den Friedenswillen des deutschen Volkes von der Möglichkeit, daß die deutsche Regierung ihre Macht zu einem Angriff mißbrauchen könne. Baldwin möchte das unkontrollierbare System der deutschen Diktatur verantwortlich und hielt nebenher den Berliner Machthabern einen lehrhaften Vortrag ziemlich von oben herab. Er warf dem deutschen Diktator vor, daß es schwierig sei, mit ihm in Fühlung zu kommen und sagte runder heraus, daß er und die anderen neuen Männer bisher sich als unfähig gezeigt hätten, die außenpolitischen Interessen ihres Landes wahrzunehmen. In dieser Parole der Baldwin'schen Rede zeigte sich eine gewisse Mugebeld und die Erwartung, daß die Vehrzeit der neuen deutschen Diplomatie nun endlich vorüber sein und irgendwie das Geleitenstück gemacht werden müsse. Weit davon entfernt, der deutschen Diktatur militärisch zu drohen, wies sie Baldwin doch nachdrücklich darauf hin, daß Deutschland bei seiner zentralen europäischen Lage wirtschaftlich von dem guten Willen der übrigen europäischen Länder abhängig sei. Sir John Simon schließlich laute, daß hier kein deutsch-englisches, sondern ein Weltproblem vorliege. Darum habe die britische Regierung ihre Erklärungen im Parlament vorher in Berlin, in Paris und in Rom notifiziert.

Die Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages sind praktisch erledigt. Zum ersten Male hat das eine große europäische Regierung offen zugegeben. Die Aufrüstung Deutschlands ist international zwar nicht legalisiert, aber bekannte Tatsache. Man weiß nur noch nichts Gewisses über ihren jetzigen Stand und das Ziel ihres Ausmaßes. Die englische parlamentarische Aktion hatte wohl den Hauptzweck, der Reichsregierung klar zu machen, daß England entschlossen sei, in einem Umfang und in einem Tempo hochzurücken, daß Deutschland auf die Dauer nicht mitkommen könne. Man sieht da in bezug auf die Vorklärung vor einer ganz ähnlichen Situation wie bei den Seeerklärungen vor dem Arriege. Wilhelm II. Notentwässerung veranlaßten England nicht nur zu einer Flottenrüstung, die die deutsche weit übertrumpfte, sondern

auch zu einer Ansehenpolitik, die mit Deutschlands Niederlage im Weltkrieg endete.

Wieder sagt England der deutschen Regierung: „Unsere militärische Ueberlegenheit werden wir unter allen Umständen wahren.“ Und es kann sehr wohl umfasser als in den letzten Vorkriegsjahren hinzuzufügen: „Die Welt steht an unserer Seite und ist voll Mißtrauen gegen die deutsche Regierung!“

Dennoch öffnen die englischen Reden der deutschen Diktaturregierung wieder einmal die Verhandlungstüre. Nur scheint die Aufforderung zum Eintritt befristet und nicht ohne Bedingungen zu sein. Baldige Erklärungen über den Stand und die geplante Ausdehnung der deutschen Rüstungen und deren Begrenzung durch den internationalen Spruch des Völkerbundes unter Teilnahme Deutschlands scheinen erwartet und gefordert zu werden. Daß Hitlerdeutschland durch Mißentrop solche Erklärungen schon angeboten hat, ist ebenso gewiß, wie, daß sie in London und in Berlin für ganz ungenügend erachtet worden sind.

Hitler hat erreicht, daß ihm Zeit gelassen wurde, eine Rüstungspolitik zu reifen, die sämtliche Rüstungsparagrafen des Versailler Vertrages in lächerliche Felsen verwanandelt hat. Wiederherstellung der Ehre nennen er und seine Paladine das. Als wenn die Ehre und der Wert einer Nation vom Stande ihrer Rüstentechnik abhängig gemacht werden könnte. Die Grzesse der Hitlerei gegen alle Gebiete menschlicher Kultur haben dem deutschen Namen und den deutschen Interessen in aller Welt mehr geschadet, als es jemals die stets von allen Deutschen abgelehnte rein gewaltmäßige Ziffersammlung durch den Versailler Vertrag vermocht hat.

Und wo ist irgendein materieller oder ideeller Vorteil für Deutschland aus seiner vertragwidrigen Aufrüstung erkennbar? Wir warten vergebens, daß er uns je gezeigt worden wäre oder gezeigt werden könnte. Verbeisclüßelt wurde lediglich eine Isolierung, eine Einkesselung Deutschlands wie nie zuvor, die zwei Mächte in bedrohliche Nähe rückt: die europäische Kriegsgefahr und die Vernichtung des Deutschen Reichs durch eine verheerende Niederlage.

London hat recht gesprochen, und das ist die Stimme der ganzen Welt anherbal Deutschland.

Berlin hat zu antworten. Man muß einstweilen bezweifeln, daß die Diktaturregierung den Mut und die Mäßigkeit zu einer klaren Antwort anbringt, denn nichts fehlt in der Reflexion des „Führers“ mehr als die Führung.

Englands Sorge vor deutschen Luftangriffen

Churchills Rede

London, den 28. November.

Der frühere konservative Schaklanier Churchill redete zu Beginn seiner Rede fest, daß er einen Arriege weder für unmittelbar bevorstehend noch für unvermeidlich halte. Aber es scheint ihm sehr schmerzhaft, die Schlachtholgerman zu umgeben, daß Großbritannien unverzüglich für seine Sicherheit sorgen müsse, weil das Land bald außerhalb seiner Macht liegen würde. Die große neue Tatsache, die die Aufmerksamkeit jedes Landes in Europa und der Welt in Anspruch nehme, sei, daß Deutschland wieder aufrücke. Diese Tatsache dränge sich alles andere in den Hintergrund. Die Fabriken Deutschlands arbeiteten eigentlich unter Arriegeumständen. Deutschland rücke auf zu Land, in gewissen Maße zur See, und was Großbritannien am meisten bedrohe, in der Luft. Die fürchterliche Art des Luftangriffs sei die Brandbombe.

Eine Woche oder zehn Tage nachhaltiger Bombenangriffe auf London würden 30, oder 40 000 Menschen töten oder verkrüppeln, und in kurzer Zeit würden drei oder vier Millionen Menschen aus Land hinausgetrieben werden. Es ist so gut wie zwecklos, wenn man plane, die britischen Arriege und Fabriken nach der Westküste zu verlegen. Man müsse dieser Gefahr dort, wo man sie, gegenüberstehen und könne sich nicht von ihr wegbewegen. Er hoffe, daß die Regierung nicht die wissenschaftliche Seite des Schusses der Bevölkerung vernachlässigen werde. Die einzige praktische und sichere Verteidigung sei, dem Feind ebensowohl Schaden zuzufügen, wie er England zuzufügen könne. Dies Verfahren könne in der Praxis vollsten Schutz

bieten. Wenn das erreicht werden könne, was bedeuten demgegenüber 30 oder 100 Millionen Pfund Sterling, die durch Abblöschung oder eine Kalleise aufgebracht werden.

Großbritannien müsse jetzt beschließen, koste es, was es wolle, in den nächsten zehn Jahren eine Luftstreitmacht zu unterhalten, die wesentlich härter ist als die Deutschlands.

Es würde ein großes Verbrechen gegen den Staat sein, wenn irgendeine britische Regierung es zulassen würde, daß die Stärke der britischen Luftstreitkräfte unter die der deutschen falle. Churchill kreuzte dann die Frage, ob es nützlich sei, durch den Völkerbund die Schaffung von Schutzbomben auf dem Kontinent zu betreiben, und fuhr fort, es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß Deutschland Großbritannien angreifen werde.

Aber es könnte bald in der Nacht der deutschen Regierung liegen, dies zu tun, wenn Großbritannien nicht handle.

Alles, was bei der Organisation der deutschen Regierung notwendig sei, um ohne Ankündigung einen Angriff vom Stapel zu lassen, sei der Beschluß einer Handvoll Männer. Es sei eine Gefahr für ganz Europa, daß England sich in dieser Stellung befinde. Die Gefahr würde Großbritannien in sehr kurzer Zeit belmsuchen, wenn es nicht sofort handle.

Das Geheimnis der deutschen Rüstungen müsse geklärt werden. Deutschland müsse in Vertregung des Versailler Vertrages.

Keine habe Deutschland seine Luftstreitkräfte mit den notwendigen Ergänzungen auf dem Erdboden, mit Reservern

(Fortsetzung siehe nächste Seite)

Genf vor schweren Entschlüssen

Die jugoslawische Denkschrift

Die politische Lage in Europa hat sich in den letzten Tagen weiter verschärft. Die Debatten im englischen Unterhaus über die deutsche Aufrüstung beweisen, welche schwerwiegende Entschlüsse England vorbereitet. Die Erklärungen des Abgeordneten Archibald in der Kammer über eine französisch-russische Militärentente sind ebenfalls ein Zeichen dafür, wie ernst die Situation in Europa geworden ist. Auch das Saarproblem bleibt Brennpunkt der europäischen Politik. Hitlerdeutschland hat durch seine skrupellose Agitation die Saarfrage zu einer Prestigefrage ersten Ranges gemacht. Darüber hinaus spitzt sich der jugoslawisch-ungarische Konflikt gefährlich zu.

Jugoslawien hat seine Anklagenote in Genf überreicht. Ungarn hat seinerseits in schärfster Form gegen den Schritt Jugoslawiens protestiert und die sofortige Behandlung der jugoslawischen Klagen vor dem Völkerbund verlangt. Daraufhin hat jetzt der ständige Vertreter Jugoslawiens beim Völkerbund, Jotisch, dem Generalsekretär Avenol die Denkschrift der Belgrader Regierung überreicht.

Die jugoslawische Denkschrift stellt ein umfangreiches Dokument dar, das über 60 Seiten mit zahlreichen Dokumenten und Bildern umfaßt. Jugoslawien versucht den Nachweis zu erbringen, es habe wiederholt Ungarn auf die Untriebe kroatischer Terroristen auf ungarischem Boden aufmerksam gemacht. Es wird in der Denkschrift dokumentarisch nachgewiesen, daß die ungarischen Behörden die kroatischen Terroristen und ihr Treiben stets begünstigt hätten. In der Zeit von 1929 bis 1931 seien auf jugoslawischem Boden 20 terroristische Akte verübt worden, die auf ungarischem Boden vorbereitet worden seien. Wiederholt sei die Belgrader Regierung in Budapest vorstellig geworden, daß dem ein Ende gemacht werde. Aber die jugoslawischen Proteste seien stets unberücksichtigt geblieben.

Geradezu sensationell wirkt die Stelle der Denkschrift, die sich auf eine Note Jugoslawiens vom 1. August 1933 bezieht. Die Belgrader Regierung hat mit dem Vermerk „sehr dringlich“ Budapest ersucht, sofort den kroatischen Terroristen Mijo Kralj (einen der künftigen Teilnehmer des Attentats auf König Alexander und Louis Barthou) zu verhaften. Auch diesem Ersuchen sei nicht stattgegeben worden. Mijo Kralj konnte im Gegenteil ungehindert seine Tätigkeit in Ungarn fortsetzen, und er hat im September einen regulären ungarischen Paß erhalten, der ihm die Möglichkeit gab, mit den anderen Terroristen nach Frankreich zu gelangen, und hier das Attentat von Marseille durchzuführen. Die Denkschrift erinnert auch an das Exposé, das Jugoslawien im Juni dieses Jahres dem Völkerbund unterbreitet hatte. In dieser Denkschrift wurde die Tätigkeit der kroatischen Terroristen im Lager Janke Pussta enthüllt. Es handelt sich um dasselbe Lager, in dem tatsächlich später das Marceller Attentat in allen Einzelheiten vorbereitet wurde. Die Denkschrift enthält außerdem ein Dokument, worin die enge Verbindung zwischen den offiziellen ungarischen Kreisen und den kroatischen Terroristen nachgewiesen wird. Dabei werden auch indirekte Beschuldigungen gegen den Vertreter Ungarns beim Völkerbund, Tibor von Eckart, erhoben.

Genau so, wie man nach dem Attentat in Marseille unwillkürlich an Szarjemo gedacht hat, genau so steigt beim Lesen der jugoslawischen Denkschrift die Erinnerung an das österreichische Ultimatum im Juli 1914 auf. Es ist zwar ein großer Unterschied zwischen der damaligen österreichischen und der jetzigen jugoslawischen Note: Letztere trägt keinen ultimativen Charakter. Aber ihr Inhalt ist so schwerwiegend, die Spannung zwischen den beiden Ländern ist so groß, daß die Gefahr schwerster Erschütterungen nicht von der Hand zu weisen ist. Nicht umsonst schließt die jugoslawische Denkschrift mit den Worten:

„Die ungarische Regierung hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen, die vor dem höchsten Organ der Staatsgemeinschaft aufzuzeigen, die jugoslawische Regie-

ung sich für verpflichtet halte. Die Regierung ist sich der Schwere ihres Schrittes voll bewusst. Sie hat ihn deshalb nur auf Grund von Tatsachen unternommen, deren Richtigkeit sie genau geprüft hat."

Wann der Völkerbundrat sich mit dem ungarisch-jugoslawischen Konflikt beschäftigen wird, steht noch nicht fest. Inzwischen wird bekannt, daß die Tagung des Völkerbundesrates neuerdings verschoben wird. Diese dauernden Verschiebungen der Völkerbundstagung sind wohl auf diplomatische Machinationen der Wilhelmstraße zurückzuführen, die das größte Interesse daran hat, die Saarverhandlungen vor dem Völkerbund möglichst in die Länge zu ziehen.

Auf Grund von durchaus zuverlässigen Informationen können wir mit Bestimmtheit die Behauptung aufstellen, daß der politische Teil der Denkschrift des Dreierauschusses, die dem Völkerbund bei der Behandlung der Saarfrage unterbreitet wird, schon seit einigen Tagen endgültig festgelegt ist und daß die Bemühungen von hitlerdeutscher Seite diesen politischen Teil zu ändern, völlig gescheitert sind. Im Gegensatz zu den Behauptungen der gleichgeschalteten Presse sind die politischen Vorschläge, die Baron Aloisi machen wird, so gehalten, daß sie der braunen Front an der Saar keine Freude bereiten werden. Die Verhandlungen, die jetzt im Dreierauschuss immer noch geführt werden, beziehen sich wesentlich auf die außerordentlich komplizierten wirtschaftlichen Fragen des Saargebietes.

Angeichts der dauernden Verschiebungen der Völkerbundstagung ist es nicht ausgeschlossen, daß der Völkerbund in seiner nächsten Sitzung nicht allein die Saarfrage, sondern angeichts der Zuspitzung des Konflikts auch die jugoslawische Frage behandeln wird. Es ist aber möglich, daß der englische Kompromißvorschlag, die jugoslawische Denkschrift einem engeren Ausschuss zur Prüfung zu geben, angenommen und damit die Saarfrage dennoch im Vordergrund der nächsten Beratungen des Völkerbundesrates bleiben wird.

Genf wird jedenfalls vor einer äußerst komplizierten und schwierigen Aufgabe stehen, um so mehr als Italien eine recht zweideutige Stellung einnimmt, indem es durch Unterstützung der ungarischen Forderungen von Frankreich möglichst viel herauszuholen will, worauf auch die zahlreichen Besprechungen des französischen Vorschlägers Chambrun mit dem italienischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Suvich, hindeuten. Ob es in Genf gelingen wird, eine wirkliche Beruhigung zu schaffen, scheint problematisch zu sein, da die Lage in Europa und die Gegensätze zwischen den verschiedenen Staatengruppen, insbesondere durch die fortwährenden Kämpfe des Hitlerreiches, sich äußerst zugespitzt haben.

Eine Erklärung Karl Barths

Professor Karl Barth, der gemahregelte Theologieprofessor von der Bonner Universität, teilt nunmehr selbst mit, daß die Meldung des Deutschen Nachrichtenbüros, die seine Amtsenthebung veröffentlichte, nicht in vollem Umfang dem Tatsbestand entspreche. Er habe nicht jeden Eid auf Hitler abgelegt, sondern den von ihm geforderten Beamteneid, der von jedem Beamten Treue und Gehorsam für Hitler verlange und zwar ohne jede Einschränkung. „Ich war bereit, den Eid auf Hitler abzulegen, aber keinen uneingeschränkten und keinen unbedingten. Meine Treue und mein Gehorsam gegenüber dem Staatsoberhaupt sollte durch die Verantwortung, die ich als evangelischer Christ zu tragen habe, begrenzt sein. Ich habe daher meine Bereitschaft zum Ausspruch gebracht, zu schweigen, falls man mir erlauben würde, den Beamteneid mit dem Zusatz zu versehen: Soweit ich dies als evangelischer Christ verantworten kann. Damit war man aber nicht einverstanden. Der Beamteneid in seiner jetzigen Form sei für ihn unmöglich, weil er eine unbedingte Verpflichtung enthalte."

Nazis kaufen „Westland“ Ungeheurer Reimall des Dr. Goebbels

Die am vorigen Freitag fällig gewesene Ausgabe der Wochenschrift „Westland“ ist nicht erschienen. Es wurde inzwischen bekannt, daß der Verlag „Westland“ in andere Hände übergegangen ist. Ueber die Hintergründe und die Folgen dieses Verkaufs erhalten wir von unterrichteter und zuverlässiger Seite folgende Darstellung:

Der raffinierte, ausgedachte Plan, den Dr. Goebbels in den neun Jahren seiner Propagandatatigkeit geponnen hat, ist an der Furcht und Wachsamkeit der „Westland“-Redaktionen zu scheitern gekommen.

Der tatsächliche Käufer aller Anteile der „Westland“-Verlag G. m. b. H. und somit der Zeitung „Westland“, Dr. E. B. K. hat dieses Hitler gefährliche Blatt ein Jahr lang aus eigenen Mitteln unter riesigen Verlusten geführt. Am Oktober 1931 erbot sich der Besitzer einer Anzeigenagentur, ein gewisser Weihenbera, die Zeitung, die in schwieriger finanzieller Lage war, aus den Mitteln eines antisemitischen Finanzmannes zu kaufen. Durch Dokumente und eidesstattliche Erklärungen gab er beide, der Agent und der Finanzmann, den Beweis, daß es sich um Gelder handle, die weder aus französischer noch aus nationalsozialistischer Quelle stammten. Die Urkunden liegen vor.

Als die Redaktion, der Geschäftsführer und verantwortliche Redakteur August Stern und seine Kollegen von dem Verkauf erfuhr, keilten sie sofort ihre Fäustel ein. Sie gaben dem blätterigen und neuen Anteilseigner die klare und straffe Erklärung, daß sie sich als von „Westland“ geldlos betrachteten und keine Zeile für dieses Blatt schreiben würden, bevor nicht die Hintergründe der Geldgeber reiflos und eindeutig geklärt seien. Sämtliche Mitarbeiter erklärten sich mit den Redakteuren solidarisch.

Die neuen Besitzer, die wenige Tage darauf ihren Besitz antreten wollten, fanden einen leeren Titel, eine Zeitung ohne Redakteure, ein Objekt ohne Inhalt vor. Dafür hatten sie 200.000 Franken gezahlt!

Englands Sorge vor deutschen Luftangriffen

Fortsetzung von Seite 1

und ausgebildetem Personal und Material. Dies alles warte nur auf den Befehl, um zusammengefaßt zu werden. Diese ungeheuren Luftstreitkräfte erreichen rasch denselben Stand wie die britischen. Nächstes Jahr um dieselbe Zeit würden, wenn Deutschland und Großbritannien sich an ihre Programme halten, die deutschen militärischen Streitkräfte mindestens so stark sein wie die britischen.

Ende des Jahres 1936 werde die deutsche Militärflugstreitkraft fast 50 Prozent stärker sein und im Jahre 1937 die doppelte Stärke der großbritannischen erreicht haben.

Deutschlands Flottillenzuge könnten leicht umgewandelt werden, während die Großbritanniens für Aricaazwecke wertlos seien. Die verschleppte Politik der britischen Regierung auch nur einige Monate fortzuziehen, würde bedeuten, Großbritannien der Macht zu verberben, je die deutschen Anstrengungen zu überflügeln.

Stellvertreter Premierminister Baldwin

antwortet u. a.: Dies sei eine der schwierigsten und wichtigsten Fragen, die das Haus erörtern könnte. Es ist eine Frage, die von der Regierung auf jeden Fall binnen kurzem dem Parlament unterbreitet werden müssen. Die ganze Frage betreffe nicht nur Großbritannien und seine Verteidigungsmittel, sondern ganz Europa. Aber so gar leicht, wo die Dinge so schwarz erschienen, habe er nicht die Hoffnung auf eine Mäßigungsbeschränkung irgendeiner Art angeschlossen.

Er wolle nichts sagen, um die Annäherung zu erleichtern, die aus dieser Ansprache folgen könnte, und er hoffe, daß Deutschland, wenn es die Rede lese, jedes Wort von dem, was er gesagt habe, lese und die Rede nach ihrem Geist beurteile, ohne einzelne Worte herauszuziehen.

Eine der Grundlagen des heute bestehenden Misstrauens sei die Unkenntnis außerhalb Deutschlands und die Geheimtätigkeit innerhalb Deutschlands. Baldwin bemerkte, er werde nicht Deutschlands neues Regime kritisieren, aber das notwendige Ergebnis einer Revolution ist, daß ein Diktator oder jemand, der an der Spitze eines Diktators steht, zur Macht gelangt und es ist bekanntermaßen schwieriger, Fühlung mit einem Diktator zu erhalten, als mit einer demokratischen Regierung. Das ist das Ergebnis.

Zweitens bringe eine Revolution eine Anzahl neuer Männer zur Macht, die nicht die Erfahrung haben, für ihr Land auswärtige Angelegenheiten zu behandeln und deren Verlässlichkeit den Staatsmännern anderer Länder nicht bekannt ist. Man braucht Zeit, um über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen und die Fühlung wieder herzustellen, die seit vielen Jahren hoffnungsvoll auf Deutschland gewirkt hat.

Das, was in Europa während der letzten Jahre geschehen ist, mag der Beweis für das sein, was ich eben gesagt habe. Im Januar kam das neue Regime zur Macht und schon der nächste Monat erlebte die Zerstörung der Kleinen Entente, die als erster Teil Europas auf die neue Situation antwortete. Nicht viel später haben wir die großen Erdstöße in Österreich, zum großen Teil infolge der Nazi-propaganda.

Im Oktober 1934 sah sich Deutschland vom Völkerbund und der Abrüstungskonferenz zurück. Als Deutschland sich zurückzog, geschah dies in einem Augenblick, wo wir bestimmte Hoffnungen hatten, etwas Bestimmteres zu erreichen als seit vielen Jahren.

Die Zusammenarbeit unter den europäischen Nationen wurde damit vorläufig zerfallen. Dieses Jahr haben wir sogar Zeichen von Nervosität in den Ländern gesehen, die nicht direkt von den Ereignissen berührt wurden, nämlich in der Schweiz und in Skandinavien.

Man hat gesehen, wie in Frankreich Kredite behandelt und vorgeschlagen werden, um die Zahlungswerte im Norden zu vermindern und um in vielfacher Weise die Luftstreitkräfte aufzurüsten und Ausrüstung und Munition zu beschaffen. Man hat auf der anderen Seite der Alpen

Eine Woche lang haben die neuen Besitzer mit allen erdenklichen Mitteln, mit ungeheuerlichen Versprechungen, mit dem Angebot riesiger Vorauszahlungen versucht, die blätterige Redaktion zur Fortführung des Blattes in der alten Form zu veranlassen, offenbar in der Absicht, die Bombe im gelegentlichen Augenblick spielen zu lassen. Die Redakteure, obwohl sie bisher nur ein winziges Gehalt bezogen und hauptsächlich keinen Pfennig in der Tasche hatten, lehnten das ab, insbesondere als der neue Käufer durchblicken ließ, daß es sich um französisches Geld handle.

Während der Verhandlungen verdichtete sich der Argwohn, daß es sich bei den Käufern nur um Strohbüchel des Dr. Goebbels handle, die Beziehungen zu dem politischen Agenten Michael Meinertz, Leiter des DNB, in Paris, unterhielten. Die Käufer schworen jede Beziehung in dieser Richtung mit heiligen Eiden und schriftlichen Erklärungen ab, die Redakteure haben dem „Westland“-Blatt ein Augenblick an jeden Kontakt mit diesen Leuten abgelehnt.

Heute früh ist in Saarouis, im Verlag der „Saarzeitung“, ein Blatt mit dem Kopf des alten „Westland“ erschienen, das eine abenteuerliche, von unserer Darstellung in den Tatsachen aber kaum unterschiedliche Darstellung der Tatsachen gibt. Die genauen Nachforschungen des Dr. Goebbels werden unverhüllt zugegeben, unverdrossen nicht dort aber auch die Enttäuschung über das völlige Mißlingen der Aktion. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet ein ehemaliger Redakteur der früheren „Saarzeitung“ Volckströmme, Adl. Der Inhalt entspricht völlig dem der bereits erwähnten Blätter von der Art des „Deutschen Kampfes“, er sagt jedermann genug. Für ein Blatt mit „Enttäuschungen“, die geradezu eine Vobumme auf die Wachsamkeit und klare Haltung der „Westland“-Redakteure sind, und von dem eine zweite Nummer offenbar nicht erscheinen soll, sind 200.000 Franken ein erschütternder Kaufpreis.

Die Redakteure des alten „Westland“ stehen selbstverständlich nach wie vor und unverändert im Kampf gegen Hitler an der Saar bis zum Tag der Entschcheidung.

Italien durch die Rückwirkungen der Nazi-propaganda in Österreich beunruhigt gesehen, und man hörte eine Rede vom Duce selbst, die, wenn sie wirklich angefaßt würde, sehr beunruhigend gewesen wäre. Polen schloß einen Nichtangriffspakt mit Deutschland ab, der bald auf die Einführung des neuen Regimes folgte, und Deutschland verwarf den russischen Vorschlag für eine Garantie — eine deutsch-polnische Garantie der baltischen Staaten.

Es sind Besprechungen mit Frankreich erfolgt, von denen — dafür leiste ich Gewähr — keine Satzung gefunden hätte, wenn nicht Deutschland den Völkerbund verlassen hätte und wenn nicht die Handlungen Deutschlands mit Bezug auf seine Klagen von diesem Zeitpunkt an in ein Geheimnis gehüllt gewesen wären.

Dies führte zum Vorschlag für den Fall gegenseitiger Unterstützung in Osteuropa, den wir warm befürworten und dabei anregen, ihn mehr in Uebereinstimmung mit Voranos zu bringen und ihn allgemein für die Teilnehmer annehmbarer zu gestalten. Dies, so fuhr Baldwin fort, ist schlagend. Als natürliches Ergebnis einer fast zweijährigen Herrschaft dieses Regimes in Mitteleuropa hat sich ein Zustand notwendiger Besorgnis ergeben, der sich von einem Land nach dem anderen ausbreitet und ein böses Vorzeichen für den Frieden Europas darstellt.

Die Gerüchte, die über die Neubildung des deutschen Heeres verbreitet waren, sind, so glauben wir, auf die Tatsache begründet.

Daß Deutschland im Begriff ist, sein langfristiges Dienstheer von 100.000 Mann in ein kurzfristiges Friedensheer von 300.000 Mann umzuwandeln.

Dies war die Forderung, die, wenn ich mich recht erinnere, von Deutschland zu der Zeit, wo es die Abrüstungskonferenz verließ, gestellt wurde.

Die Zahl der deutschen Militärflugzeuge besitzerte Baldwin auf 600. Die höchste Ziffer, die von einer guten Quelle genannt worden sei, betrage 1000.

Wahrscheinlich bewege sich die tatsächliche Ziffer zwischen diesen beiden Zahlen. Es bestehe kein Zweifel, daß während der letzten sechs Monate die Leistungsfähigkeit der deutschen Luftindustrie stark erhöht worden sei. Er glaube jedoch, daß die meisten der Berichte in der englischen Presse stark übertrieben seien. Es gebe im gegenwärtigen Augenblick keinen Grund für unangebrachte Vorurteile und noch weniger für Panik. Weder England noch irgend jemand in Europa habe augenblicklich vor irgendeiner unmittelbaren Bedrohung.

Es herrsche kein tatsächlicher Notzustand, aber Großbritannien müsse vorausschauend und es bestehe kein Grund zu sehr großer Besorgnis.

Aus diesem Grunde habe die Regierung die Lage seit vielen Monaten beobachtet, beobachte sie noch und werde sie weiter beobachten. Sollte sich eine gefährliche Lage entwickeln, vor der man im gegenwärtigen Augenblick keine Anzeichen erblicke, so werde die Regierung nicht unvorbereitet überrascht werden. Baldwin stellte nachdrücklich in Abrede, daß Großbritannien allgemein in der Luft nachbinke. In Erwiderung Churchill bemerkte er, es treffe nicht zu, daß sich Deutschland rasch dem Stande Großbritanniens näherte.

„Die britische Regierung“, so hob Baldwin hervor, „ist entschlossen, unter keinen Bedingungen irgendeine Untertänigkeit in bezug auf irgendeine Streitkraft hinzunehmen.“

Nachdem Baldwin die Frage der zivilen Luftfahrt behandelt hatte, fuhr er fort, es sei seine Uebersetzung, daß auch Deutschland diese Besorgnis nicht unbekannt sei.

Baldwin bemerkte, seine Rede mit großem Ernst und unter völliger, aufrichtiger Aufmerksamkeit fortsetzend.

Deutschland hänge mit seiner gesatzlichen Lage sehr von der Freundschaft und den Handelsbeziehungen mit seinen Nachbarn ab.

Wann werde der Tag kommen, wo Deutschland dies erkennen werde? Solange Deutschland sich zurückhalte und keine unmittelbare Verbindung mit anderen Staatsmännern in Europa habe, werde mehr und mehr der Argwohn wachsen und es könne sein, daß auch Deutschlands eigene Schwierigkeiten immer weiter wachsen werden.

Ich hoffe, daß diese Ansprache, die mit einem aufrichtigen und berechtigten Wunsch eingeleitet worden ist, die Wahrheit in Europa kennenzulernen, größere und bessere Folgen haben wird als irgend jemand von uns für möglich gehalten hat. Vielleicht ist dadurch Gelegenheit für einen ersten Schritt geschaffen worden, von neuem die Nationen Europas zusammenzubringen.

Sir John Simon

Der englische Außenminister hob die Bedeutung der Baldwinischen Rede hervor, indem er sagte, es handle sich nicht um eine einfache Erklärung. Die Regierung habe bereits seit einiger Zeit eine besondere Prüfung des Problems vorgenommen. Ehe die Rede gehalten wurde, sei ihr Inhalt dem deutschen Reichsfinanzminister, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten mit allen Erläuterungen mitgeteilt worden.

Dieses Verfahren sei eingeschlagen worden, weil es sich nicht um eine englisch-deutsche Frage, sondern um eine europäische und um eine Weltfrage handle.

Durch dieses Verfahren habe die Regierung gehofft, einen großen Teil des Argwohns und des Nebels zu beseitigen. Es müsse auch ein Teil der Besorgnis, des Argwohns und der Uebertreibungen, die bestanden hätten, behoben worden sein. Die Mittelungen an andere Regierungen bilden eine neue Entwicklung, und diese könne von sich aus eine neue Lage schaffen. Auf die Frage, wozu die britische Regierung die Zustimmung der anderen Nationen erblicke, erklärte Simon:

Wenn wir eine Vereinbarung erzielen würden, so würden wir gern eine vereinbarte Abrüstung auf einem niedrigen Stand sehen; wenn wir nicht ein unerreichbares Ideal erzielen können, so müßten wir suchen, eine Vereinbarung zu einem niedrigen Stande zu erzielen.

Wir erklären von neuem wie schon früher, daß wir für die Mäßigungsbeschränkung und im Gegensatz zu Wettbewerb und ungerichteter Mäßigung. Wir erfinden das Haus, uns zu helfen, dies als eine neue Gelegenheit zu betrachten, die auf eine Politik des Friedens hinauszielt, die nicht auf die Vorschriften der Nachkriegsperiode gegründet ist, sondern eine neue Bemühung darstellt, eine sichere Aussicht des Friedens in der Welt zu errichten.

Die Antwortadresse auf die Thronrede wurde dann angenommen.



Für DEUTSCHLAND gegen HITLER

Status quo, ein definitiver Zustand?

Neue Verschiebung in Genf

Ratstagung erst am 6. oder 7. Dezember?

Genf, 29. November 1933.

Die Verhandlungen in Rom über den Preis der von Deutschland im Falle der Rückgliederung für die Saargruben zu zahlenden Summe und über die Sicherung der französischen Guthaben im Saargebiet ziehen sich noch immer in die Länge. Darum wird jetzt in Genf angenommen, daß der Völkerbundrat erst am 6. oder den 7. Dezember einberufen werden wird.

Was geschieht am 14. Januar?

Man fängt an, die Stimmen zu zählen

Das meldet uns Saarbrücken: Die Vorbereitungen zur Abstimmung werden von der Abstimmungskommission eifrig fortgesetzt; in einigen Tagen wird man genaue Angaben über die Maßnahmen machen können, die getroffen worden sind, um den Saarländern eine freie und absolut korrekte Abstimmung zu gewährleisten. Man glaubt, daß die Stimmzählung am Montag, dem 14. Januar, beginnen und drei Tage dauern wird.

Eine schwierige technische Frage zur Durchführung der Volksabstimmung werden die Stimmzettel sein. Wie verlangt, soll die Absicht bestehen, die Stimmzettel weder in Frankreich noch in Deutschland herstellen zu lassen, sondern in einem anderen Lande, und Papier, Farbe und Ausdruck der Stimmzettel bis zum letzten Augenblick geheim zu halten. Jeder Stimmzettel, der dem amtlichen Format nicht entspricht, wird dann als ungültig bezeichnet werden. Die Auszählung der Abstimmung kann wahrscheinlich in Saarbrücken erfolgen, wobei das in Permanenz tagende Oberste Gericht letztinstanzlich alle Streitfälle sofort zu erledigen hätte.

Recht der Regierungskommission

Zur Heranziehung französischer Truppen

Im Unterhaus stellte der liberale Abgeordnete Maeder die Frage, ob die englische Regierung eine Verantwortlichkeit anerkenne, moralisch oder physisch die französischen Truppen zu unterstützen, die für eine etwaige Polizeiaktion an der Saar zur Verfügung gestellt werden könnten.

Vordirektoren der Edele antwortete: „Die Körperschaft, die mit der Verantwortlichkeit betraut ist, die Ordnung im Saargebiet aufrechtzuerhalten, ist die Regierungskommission. Was das Recht der Regierungskommission betrifft, in der Ausübung dieser Aufgabe Unterstützung von außerhalb anzufordern, so habe ich der Erklärung, die vom Staatssekretär des Reiches am 5. November in Beantwortung einer Anfrage Lansburys abgegeben worden ist, nichts hinzuzufügen.“

Hitlerismus gegen Katholizismus

Unversöhnliche Gegensätze

Hierher gehört das kirchlich-christliche Mittel, das auch in der freimaurerischen „Humanität“ in neuer Form aufgetaucht ist und zu der größten Verheerung unseres gesamten Lebens geführt hat. Aus dem Zwangsglaubenssatz der schrankenlosen Liebe und der Gleichheit aller Menschen vor Gott einerseits, der Lehre vom demokratischen rassistischen und von keinem nationalerwarteten Erbgut getragenen „Menschenrecht“ andererseits, hat sich die europäische Gesellschaft geradezu als Hüterin des Minderwertigen, Kranken, Verkrüppelten, Verbrecherischen und Verfallenen entwickelt...

Der Glaubenssatz vom Ablass war nur möglich, weil der Gedanke eines persönlichen Erbgutes bei seiner Abfassung nicht mitgewirkt hatte. Es mußte ferner auch darauf hinauslaufen, das noch vorhandene Erbgut zu unterhöhlen und inechtsliches Denken zum frommen Wesen zu heipeln. Außerlich betrachtet, hat das deutsche Aufbaumen gegen diese Schande das römische System gezwungen, mit der Durchführung des Ablasswesens vorrückter zu werden. Grundrißlich wird es jedoch noch heute als ein Recht und fromme Hebung von der Kirche verteidigt. (Vergleiche den Generalablass-Aufruf von 1926.) Daß diese Urtug ebenfalls auf „biblisches Urge“ zurückgeführt wird, verheißt sich von selbst. Eine jahrtausendalte Umanität langer Geschlechterreihen in einen neuen Pol — Rom — hat auf die nichtnordischen Untergründe der europäischen Kultur senkend so stark gewirkt, daß dieser Aufruf von ihnen gar nicht als Schmach, sondern als gegenfeitige Hilfe der „Glieder des Leibes Christi“ empfunden wird. (Seite 169/171)

Alfred Rosenberg, der vom Führer und Reichskanzler mit der weltanschaulichen Erziehung der Nation beauftragte Theoretiker des Nationalsozialismus in seinem Buche „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“, Eine Wertung der weltgeistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, 13.—16. Auflage, Seite 169/171.

Das Buch ist von der nationalsozialistischen Regierung allen Lehrbibliotheken als geeignet empfohlen und in vielen Fällen auch katholischen Büchereien zwangsweise eingegliedert worden.

Wir haben neulich darauf hingewiesen, daß eine Abstimmung für den Status quo nach dem neuerdings gegebenen Einverständnis auch der „deutschen Front“ einen neuen völkerrechtlichen Zustand für das Saargebiet bedeute. Nun insofern, als nicht nur, wie die „deutsche Front“ sagt, das Deutsche Reich in diesem Fall endgültig auf seine Souveränität über das Saargebiet verzichten muß — ein Verzicht, der praktisch wenig bedeutet gegenüber dem bereits während des 15jährigen Provisoriums vorhandenen —, sondern nun vor allen Dingen dadurch, daß nunmehr der Völkerbund die nötigen Beschlüsse fassen muß, um den bisherigen provisorischen Zustand in einen dauernden zu verwandeln.

Betrachten wir zunächst noch einmal die Lage. Es wäre an sich überflüssig, den deutschen Charakter des Saargebietes und seiner Bevölkerung erneut zu betonen, wenn nicht die Propaganda der „deutschen Front“ immer wieder mit dem Vorwurf arbeitet, daß eine Abstimmung für die Erhaltung des Saargebietes eine Aufgabe dieses deutschen Charakters und folglich einen Verrat am Deutschtum bedeute. Es ist selbstverständlich, daß die Saarländer nach Abstammung, Sprache und Charakter zum deutschen Kulturkreis gehören. Insofern ist die durch den Friedensvertrag gegebene dritte Möglichkeit, nämlich die eines Anschlusses an Frankreich, von vornherein eigentlich aussichtslos gewesen und lediglich aus politischen Gründen — man kennt ja die vielfachen Schwierigkeiten, die die Alliierten bei der Aufstellung des Vertragstextes zu händigen Kompromissen nötigten — in den Verfallener Vertrag aufgenommen worden. Denn, unähnlich Elsass-Lothringen, das durch Jahrhunderte hindurch zu Frankreich gehört hat, dessen Bewohner beispielsweise an den Kämpfen der französischen Revolution wie überhaupt an der Entwicklung des modernen Staatsbegriffs in Frankreich sehr aktiv teilgenommen haben, und die nicht nur durch die dort vorhandene Zweisprachigkeit ohne Zweifel seit langem sich dem französischen Kulturkreis angegliedert haben, ist das Saargebiet eben deutsch geblieben. Unbeschadet seiner vorübergehenden Zugehörigkeit zum französischen Empire, einer Inachhörigkeit, die ja das ganze Rheinland teilte, und woraus dort gewiß einige Sympathien und Verständnis für das Nachbarvolk erwachsen mußten, aber nie der Gedanke eines Anschlusses an Frankreich lebendig wurde.

Es ist auch klar, daß ohne die Ereignisse in Deutschland über den Ausfall der Abstimmung im Sinne der Rückgliederung kein Zweifel hätte bestehen können. Gewiß hat es auch früher schon manche Anhänger des Status quo gegeben, die aus Vernunftgründen, nämlich aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus, die Beibehaltung der Selbstständigkeit des Gebiets wünschten, aber gefühlsmäßig fanden doch die allermeisten Saarländer auf dem Standpunkt, daß sie ins Deutsche Reich zurückkehren müßten. Wenn sämtliche Parteien des Saargebietes diese Parole leinzeit ausgaben, so war dies nicht nur ein politisches Parteimandier, sondern entsprach sicherlich den Gefühlen ihrer Mitglieder. Gewiß wiesen die Anhänger des Status quo damals schon warnend auf die Entwicklung in Deutschland hin, und der Verlauf der Ereignisse hat ihnen ja auch recht gegeben. Denn das Deutschland, das die überwiegende Mehrheit der Saarländer erlebte, das Deutschland der wahren Freiheit, erfüllt ja eigentlich schon lange nicht mehr. Immerhin aber hat erst die Entwicklung, die sich seit der Machtergreifung durch Hitler in Deutschland vollzogen hat, der großen Mehrheit der Bevölkerung die Augen geöffnet und sie veranlaßt, nunmehr um seinen Preis zurück zu wollen, wenn sie von ihren Idealen noch etwas retten wollen. Sehen Sie doch, wie in Deutschland alles das, was sie Jahre hindurch gerade als deutsches Wesen hochgehalten haben, Freiheit und Toleranz, dort jetzt mit Füßen getreten wird, sehen Sie doch, wie zugunsten einer einzigen Gruppe alles andere unterdrückt wird, wie alle Freiheiten, für die man Jahre lang gekämpft hatte, wieder verschwunden sind, und der Obrigkeitssinn, der jeden einzelnen Bürger bevorzugen, der große Massen von Entrechteten schafft, in weit schlimmerem Maße dort wieder aufzuerstehen ist, als er jemals zu Zeiten des wilhelminischen Kaiserreiches, ja sogar zu Zeiten des früheren absolutistischen Systems der Fürstentümer gewesen ist.

Es ist daher grundfalsch und eine uneheliche Kampfesweise der „deutschen Front“, wenn sie versucht, den Anhängern einer Abstimmung für den Status quo „Saterlands“, ja Völkerverrat vorzuwerfen. Und wenn sie auch durch diesen offenen Terror erreicht, daß viele, die im Herzen für die Aufrechterhaltung des Status quo unter den jetzigen Umständen sind, es nicht wagen, ihrer Meinung Ausdruck zu geben, wenn sie auch auf diese Weise schloßlose Einzelmehrheiten in ihre Mitgliederlisten erreicht hat, so ändert das dennoch nichts an der tatsächlich vorhandenen Einstellung der Bevölkerung. Das dem so ist,

„Saarbrücker Bergmannskalender“ 63. Jahrgang 1935

Von einem Kalender, der unter dem Schirm der Bergwerksverwaltung erscheint, wird man keine sozialrevolutionäre oder auch nur sozialkritische Haltung erwarten. Der Verband der Bergbauindustriearbeiter würde vieles anders darstellen. Aber von seinem bürgerlichen Standpunkt aus bietet der Kalender auch in diesem Jahr wieder eine reiche Auswahl an lesens- und bemerkenswertem Stoff.

Inerst natürlich die Angaben über Betriebs- und Arbeiterangelegenheiten. Darans ergibt z. B., daß die Zahl der Arbeiter ständig abnimmt, die Menge der Förderung aber ständig steigt. So waren im 1. Vierteljahr 1933 in den Gruben eigener Verwaltung i. D. (Mittel zwischen Ende Dezember und Ende März) 32.200 Arbeiter unter Tage beschäftigt im 1. Vierteljahr 1934 nur 30.448 (- 6 Prozent). Die Förderung aber stieg im Monatsdurchschnitt von 822.794 auf 899.822 Tonnen (+ 9,4 Prozent), also je Kopf von 25,4 auf 29,6 Tonnen, d. h. um 16,5 Prozent, fast ein Sechstel in einem Jahr. Der Schichtlohn aber hat sich kaum geändert: für sämtliche Arbeiter unter und über

gibt auch die „deutsche Front“ selber zu, indem sie die Frage der doppelten Mitgliedsarten aufgedrängt hat.

Es ist daher durchaus verständlich, wenn aus den Kreisen der Bevölkerung heraus immer wieder der Wunsch ausgedrückt wird, daß eine Abstimmung für den Status quo keineswegs für alle Ewigkeit eine spätere Wiedervereinigung mit einem Deutschland ausschließt, das die Ketten der augenblicklichen Willkürherrschaft zerbrochen und wieder zu den freiheitlichen Idealen sich zurückgefunden hat. Man fordert vielmehr ein zweites Plebiszit nach einer bestimmten Reihe von Jahren, oder man fordert sogar, daß jetzt schon der Völkerbund eine derartige Regelung treffen soll, und daß in nicht nur eine Forderung der Saarländer, sondern sie ist beispielsweise auch von dem Unterhugenasauschuß des Weltkongresses zur Unterstützung der Opfer des hitlerischen Reichstums in seinem Bericht aufgenommen worden. Diese Forderung ist auch in aller Öffentlichkeit gelegentlich der Sitzung des Landesrats am 14. August dieses Jahres von dem Führer der Arbeitsfront an der Saar, Max Braun, erhoben worden, und desgleichen hat neulich noch der Chefredakteur Johannes Hoffmann von der „Neuen Saarpol“ im Namen der saarländischen Katholiken, die ihre religiöse Freiheit zur Zeit durch eine Rückkehr in das Deutschland Hitlers bedroht sehen und deshalb für den Status quo stimmen wollen, für den Fall einer grundlegenden Aenderung in Deutschland schon jetzt eine derartige feierliche Erklärung des Völkerbundes vor einer Reihe englischer und französischer Journalisten gefordert.

Im folgenden soll nun untersucht werden, wie weit eine derartige Forderung Aussicht auf Erfüllung hat bzw. wie weit der Versailler Vertrag eine solche Möglichkeit überhaupt zuläßt. Es ist ja bekannt, daß von deutscher Seite geltend gemacht wird, daß diese Forderung gerade durch den Versailler Vertrag unmöglich sei, der ein für allemal nur eine Abstimmung und keine Wiederholung vorsehe — eine Abstimmung, deren für und Wider zu erwägen er der Bevölkerung ja 15 Jahre Zeit gegeben hat —, und wie deshalb die deutsche Presse — und wenn man sagt: die deutsche Presse, so bedeutet das bei der heutigen uniformen öffentlichen Meinung in Deutschland nichts anderes als die deutsche Regierung — auf das bestmögliche fordert, daß gerade hier die Bestimmung des Versailler Vertrages buchstabengetreu durchgeführt wird; des selben Versailler Vertrages, den man sonst als „Schandvertrag“ und als „Dittat“ bekämpft, und dessen Unterchrift man sonst als „verpöcht“ nicht gelten lassen will.

Zitieren wir noch einmal die Bestimmungen dieses Vertrags. Es heißt im § 43 des Saaratikats: „Der Völkerbund entscheidet unter Berücksichtigung des durch die Volksabstimmung ausgedrückten Wunsches darüber, unter welcher Souveränität das Gebiet tritt. Bezieht sich der Völkerbund für das ganze Gebiet oder einen Teil die Beibehaltung der durch den gegenwärtigen Vertrag und dieser Anlage geschaffenen Rechtsordnung, so verpflichtet sich Deutschland schon jetzt, zugunsten des Völkerbundes auf seine Souveränität, so wie dies der Völkerbund für nötig erachtet, zu verzichten. Es ist Sache des Völkerbundes, durch geeignete Maßnahmen die endgültig eingeführte Rechtsordnung mit den dauernden Interessen des Gebietes und dem allgemeinen Interesse in Einklang zu bringen.“

Es heißt ferner im § 39: „Der Rat des Völkerbundes trifft die erforderlichen Verfügungen zur Ausgestaltung derjenigen Rechtsordnung, die nach dem Inkrafttreten der im § 35 erwähnten Entscheidung des Völkerbundes einzuführen ist... Mit dem Inkrafttreten der neuen Rechtsordnung hören die Befugnisse der Regierungskommission auf, ausgenommen den im § 35 Absatz 4 das ist eben der Fall des Status quo. D. S.) vorgelebten Fall.“

Diese Bestimmungen sind eigentlich ganz klar, und es ist an ihnen nichts zu denken. Daß im Falle einer Abstimmung für den Status quo die Regierungskommission, wenn auch vielleicht in einer anderen Form, als Organ des Völkerbundes bleiben muß, ist ja selbstverständlich, und wir hätten diese Bestimmung überhaupt nicht zitiert, wenn nicht neuerdings die „deutsche Front“ in ihrer Propaganda ganz allgemein mit der Behauptung operierte, daß das Mandat der Regierungskommission mit der Volksabstimmung ohne weiteres erlösche, während es in Wirklichkeit nur im Falle der beiden anderen Abstimmungsmöglichkeiten erlischt.

Vorans sich die Befürworter einer eventuellen zweiten Abstimmung tägen könnten, wäre also die Bestimmung, daß der Völkerbund die endgültig einzuführende Rechtsordnung mit den dauernden Interessen des Gebietes in Einklang zu bringen habe, und daß der Rat des Völkerbundes diese neue Rechtsordnung entsprechend ausgestaltet soll. Was das bedeutet, und welche Möglichkeiten hier tatsächlich gegeben sind, soll in einem weiteren Artikel behandelt werden. J. R.

Tage einschließlich Zulagen von 41,73 auf 41,19 Fr. je verfabrene Schicht, d. i. je Tonne 13,5 Prozent weniger!

Andereorts erfahren wir, daß im Saarrevier die Schicht unter Tag eine halbe, über Tag gar eine ganze Stunde länger ist als im Ruhrgebiet, daß die Zahl der tödlichen Unfälle, auf die verfabrenen Schichten berechnet, seit 1900 fast um die Hälfte gesunken ist (1900 103 t. D. 536 auf eine Million Schichten — 1931/32 noch 2763), und damit unter den Kohlenrevieren am nächsten steht (1929 bis 1933 im Jahre 9.949 auf 1000 Mann unter und über Tage, gegen 9.958 in England, 9.084 in Frankreich, 1.082 in Belgien, 2.170 in Preußen, 2.772 in den Vereinigten Staaten).

Auch in diesem Jahr kämpft der Kalender eifrig in Wort und Bild wie durch Preisausgaben gegen die Unfallgefahr. Daneben gibt es noch viele Lehrreiche, meist mit reichem Bildschmuck oder statistischen Tabellen angehängte Aufsätze über Bergbau und Elektrizitätsverfabren, schöne oder geschichtlich merkwürdige Gegenden in- und außerhalb des Saargebietes, Reichendes und Unterhaltendes mannigfacher Art für alt und jung. Dazu das süßliche Kalendarium und viele praktische Angaben.

Es steht viel Arbeit in solch einem Jahrbuch, mehr als der behagliche Leser wohl ahnt. Dafür ist es ein nützlicher und freundschaftlicher Gefährte an manchem Winterabend.

Schiller, eine Rassenschande

Ueberwunden - wesenlos - abstrakt verblasen!

Die deutschen Sender dröhnen von Schillers Lobe wider, die deutschen Schulen legen Feststunden ein, die deutschen Theater überbieten einander in Klassik, man begeht die Gedenkwochen mit so feierlichem Prunk, daß selbst ein Horst Wessel sich einer solchen Huldigung kaum zu schämen brauchte. Womit hat der Sänger menschlicher Gewissensfreiheit das verdient? Wer so fragt, braucht noch kein Staatsfeind zu sein — selbst nachdenklichen Nationalsozialisten ist es aufgefallen, daß hier etwas nicht stimmt, und es ist geradezu erquickend, wenn in dem allgemeinen Gedenkrausch einmal eine ehrliche Stimme laut wird, die den verdächtigen Schiller so verreibt, wie er von hakenkreuzoffizieller Seite verrissen zu werden verdiente.

In der „Zeitschrift für Deutschkunde“, Teubner-Verlag, Leipzig-Berlin, die hauptsächlich von Lehrern für Lehrer geschrieben wird, setzt sich so ein Aufrechter mit Schiller auseinander und kommt zu dem Ergebnis, daß mit dem Geistesheroen eigentlich nicht viel los ist. Patriotisch? Völkisch? Aber keine Idee! Man sehe sich nur seine Dramen an:

„Schillers geschichtlich politische Dramen sind von vornherein nicht völkisch, sondern allgemein menschlich eingestellt.“

Darum hat er's auch immer mit der inneren Politik, über die eigentlich gar nicht debattiert werden dürfte.

„Gleich das erste geschichtlich-politische Drama, der „Fiesco“, stellt innerpolitische Fragen vor das Auge: republikanische Volksfreiheit oder Tyrannei in Genua?“

Und es ist schon eine Gemeinheit, daß er den Fiesco nicht an die Macht läßt:

„Dem Dichter des „Fiesco“ ist in seiner letzten dramatischen Entscheidung die allgemeine Idee der Freiheit mehr als die konkrete Wirklichkeit des mit echten Führereigenschaften ausgestatteten, seiner Vaterstadt als Gabe des Schicksals geschenkten Fiesco, dessen Herrschaft aus Genua wahrscheinlich mehr machen würde, als eine demokratische Republik tun könnte. Und die lebensferne und gedankenlos Fremdeheit des „Fiesco“ und im besonderen seines Schlusses beruht wesentlich auf diesem Totschlag lebendiger Wirklichkeiten durch die allgemeine Idee.“

Na, und der „Don Carlos“? Dem wirft der Autor dieser herben Kritik rund und schlicht „abstrakte Verblasenheit“ vor, er schimpft ihn „das Hohelied der Freiheitlichen, aufklärerischen Ideen“ und fährt dann fort:

„Marquis Posa und Don Carlos entwerfen den Plan zu einem Befreiungskampfe, und rücksichtslos wird zugunsten der Menschheit, der allgemeinen europäischen Entwicklung über alle völkischen Lebensgrundsätze hinweggeschritten.“

Was den „Wallenstein“ anlangt, so

„offenbart der heldische Tod des Max Piccolomini, wie sehr im Wallensteindrama die völkischen Angelegenheiten zugunsten der rein menschlichen zurückgestellt sind.“

Und die „Jungfrau von Orleans“:

„würde kein völkischer Franzose als völkische Tragödie anerkennen, da auch hier die eigentlichen völkischen Fragen

nicht in der tragischen Mitte, sondern im weiteren Umkreis liegen. Nicht daß die Französin Johanna den Engländer Lionel liebt, führt die Katastrophe herbei . . .“

sondern daß sie überhaupt liebt. Und gerade auf die Rassenschande wär's doch einzig und allein angekommen!

Ein ganz tolles Machwerk ist die „Braut von Messina“. Dieser Don Cesar nimmt sich das Leben, nur weil er seinen Bruder erschlagen hat. Er macht sich's bequem (wer hat sich nach dem 30. Juni in Deutschland das Leben genommen?). Daß mit ihm „das normannische Fürstengeschlecht, dessen letztes Glied er ist“, ausstirbt, daß die „normannische Herrschaft zusammenbricht“, braucht diesen Schwächling nicht zu kümmern.

„Keine völkisch-politische Pflicht kann ihn abhalten, die rein menschliche zu erfüllen.“

Das hätten die nationalsozialistischen Hof- und Hausdichter ganz anders geschrieben. Bei Wotan! Da hätte es erst mal einen fröhlichen Zucht- und Hegehof gegeben — der Selbstmord wäre höchstens wegen Alterschwäche erfolgt.

Selbst beim „Tell“ handelt es sich nach Ansicht des Kritikers „nicht um einen im reinen Sinn völkischen Stoff“. Der Tell ist nämlich kein SA-Mann, der auf Kommando funktioniert und schießt, sondern „ein Einzelgänger, der naturhaft unzerrissen sein eigenes erfülltes Leben lebt“.

„In der dramatischen Mitte steht auch wie vor die allgemeine menschlich bestimmte sittliche Entscheidung, der Willensschluß Tells, der vom Völkischen unberührt bleibt.“

Und wenn der gestrenge Rezensent das alles so zusammenhält, dann kommt er zu dem Schluß, daß zwar „der nordische Willensheld Schiller einer der Größten, ein Kämpfer nordisch-germanischer Gesinnung“, daß er aber leider, leider aus nordischem und dinarischem „Bluterhe“ sehr unglücklich gemixt ist und daß die Gegenwart deshalb nichts Rechtes mit ihm anfangen kann:

„Die Trennung des Geistigen und Sinnlichen ist das bluthafte Vermächtnis der dinarischen Rassenanlage in dem nordisch-dinarischen Schiller. Indem Schiller den Kern des Menschen in die intelligible Freiheit setzt, gelangt er notwendig zu dem Aufklärungsgedanken der allgemeinen Menschlichkeit. Grundsätzlich ist keine Entwicklungsstufe einem Menschen, einem Volkstamme verschlossen. Vernunft, Erkenntnis des göttlichen Sittengesetzes, sittliche Freiheit können von jedem Menschen errungen werden.“

Nachdem der neudeutsche Schiller-Interpret das richtig erkannt hat — richtet er sein Untersuchungsobjekt kurz entschlossen hin:

„Diese aufklärende Fassung des Menschheitgedankens ist heute überwunden und tatsächlich wesenlos geworden. Sie ist eine Phrase der Diplomatie, keine bluthafte Wirklichkeit der Geschichte.“

So! Jetzt hat er's ihm gegeben, dem sauberen Klassiker, dem diplomatischen Phraseur, dem Duckmäuser!

Was sind alle Rundfunk-Festsänge gegen diese eine, ehrliche Stimme? Hier spricht das neue Deutschland — nicht am Mikrofon des deutschen Senders!

Kleiner Hymnus an einen Journalisten

Ja sagt er nie,
selbstvergessen streicht
er den Sinn. Aus Ja wird Vielleicht,
aus Nein Als-ob-Philosophie.

Denn sein Ziel ist erreicht,
er hat nichts zu sagen.
„Er kann sich nicht selbst davonjagen:
ihm fällt das Lügen zu leicht.“

So zu leben ist made in Germany,
zu lügen, um zu essen,
mehr Hunger ist gleich mehr Fantasie
über Blut- und Bodeninteressen.

Es ist nicht zu scherzen,
worüber er sich nicht ausdrücken kann,
die deutsche Sprache ist auszumerzen,
weil die des Führers Deutsche enttäuschen kann.

Theodor Fanta.

„Pfeffermühle“

Ein Kapitel über Taktlosigkeit

Salander schreibt in der Basler „National-Zeitung“:

Die beschämenden Züricher Kundgebungen um die Pfeffermühle und das Schauspiel „Professor Mannheim“ haben bewiesen, daß die terroristischen Elemente, die sich mit der „seelischen Erneuerung“ im Dritten Reich verbunden fühlen, in der Nachahmung ihrer nordischen Vorbilder keineswegs zu erfahren gedenken.

Es sind die alten Provokationsmethoden der „glorreichen“ Kampfjahre des Nationalsozialismus, die hier bei uns wieder erprobt werden sollen. Das Verfahren besteht bei müßeligen künstlerischen Darbietungen darin, diese so nachdrücklich gewaltsam zu stören, bis die Behörden die betreffende Vorstellung zur Wahrung der öffentlichen Ruhe untersagen. Damit hätte die Provokationsgruppe ihren Willen auf un-demokratischem und widerrechtlichem Wege gegen den Willen der Besucher und die Ordnung eines Rechtsstaates durchgesetzt. Neben der psychologischen Suggestionwirkung eines solchen Erfolges wären gleichzeitig die Autorität des freiheitlichen Rechtsstaates und das Ansehen der Behörden wirksam geschädigt.

Glücklicherweise haben die Züricher Stadtbehörden die Gefahr gesehen und sind festgeblieben.

Höchst sonderbar haben sich gegenüber der leider nur zu unmißverständlichen Rechtswidrigkeit der plumpen Ordnungsstörung die Versuche gewisser tantenhaft ängstlicher Kreise ausgenommen, den Kunstintituten, Künstlern und dem ihnen zustimmenden Publikum Belehrungen und Mahnungen über „mehr Takt“ angedeihen zu lassen. Es sind vermutlich dieselben Leute, die sich immer noch von jener grotesken Legende nicht freimachen können, daß Hitler Deutschland oder gar Europa vom Bolschewismus errettet habe. Jeder deutsche Geschäftsfreund könnte ihnen zwar beschreiben, wie es heute um die Freiheit des Unternehmers im Dritten Reich bestellt ist, aber die Legende wirkt immer noch nach.

Der Begriff „Takt“ erleidet eigenartige Schicksale, wenn er von ängstlichen Leisetretern gehandhabt wird. Diese sind gar zu leicht geneigt, ihn überall schon dort verlegt zu sehen, wo eine ihnen unbequeme Wahrheit zum Ausdruck kommt. Sein wirklicher Sinn wird aber geradezu ins Gegenteil verkehrt, wenn ausgerechnet den Opfern einer Taktlosigkeit, ja eines Rechtsbruchs, pharisäisch „mehr Takt“ gepredigt wird. Da kann die wohlweise Mahnung selbst zur kraßen Taktlosigkeit werden.

Bei Anlaß dieser Mahnungen ist nebenbei auch die Bezeichnung „Emigranten“ wieder einmal mit einer Betonung gebraucht worden, wie wenn diese Unglücklichen, die gewiß ihre menschlichen Schwächen mit ihren Vorzügen in die Fremde mitgebracht haben mögen, schon geradezu wegen ihres meist unverschuldeten Schicksals sozusagen Minderwertige wären, die wohl gnädig geduldet werden können, aber sonst gefälligst sich nicht bemerkbar machen sollten.

Es scheint mir da eine Unritterlichkeit zum Ausdruck zu kommen, die menschlich recht wenig anziehend wirkt. Und zu wessen Schutz sollen diese Schulmeisterlein an die Adresse dieser landfremden Flüchtlinge eigentlich gemeint sein? Zugunsten unseres schweizerischen Eigenlebens? Dazu gehört aber gewiß nicht die pöbelhafte Störungsaktion der fanatisierten Radaubröder. Wo Tränengasampullen zur Verwendung kommen, da handelt es sich sicher nicht mehr um „Tells Geschöß“. Solche Werkzeuge der „Erneuerung“ kommen weiter her. Tränengas ist nicht Schweizer Luft, sondern kommt „von des Nordes winterlichem Weh“.

Ist das Auslese?

Nazi-Kunstpleite

Die „NS-Kulturgemeinde“ hat nach langen Vorbereitungen die mit Pomp angekündigte Ausstellung bildender Künste eröffnet. Rosenberg hat die Eröffnungsrede gehalten. Nun schreibt selbst die Berliner „Börsen-Zeitung“, daß „kleinere Motive und Stilleben“ vorherrschen, die die Gefahr ankündeten, in leere Glätte zu münden. Die faschistische „Nachtausgabe“ fragt ironisch: „Ist das Auslese?“ und stellt fest, die Parole der Ausstellung sei offenbar: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“; was man sehe, sei „lau erwärmte Sachlichkeit, die sich ins romantische Idyll flüchtet“.

Die Rasse-Konfektion

Inserat in der „Woche“:

„Thale-Harz, Töchterheim. Ziel: Die deutsche Frau fürs deutsche Haus!“

Lieferung frei Haus für das deutsche Soldaten zeugende Familienleben! Made in Germany!

Geschichten aus Dresden

I

Wissenschaft für einen Groschen

Im Drei-Kaiser-Hof in Dresden-Löbtau, von früher her als Versammlungslokal der Dresdener Arbeiterschaft bekannt, läuft ein Kursus der Deutschen Arbeitsfront für die Vertrauensräte der Dresdener Metallbetriebe. Der Kursus dauert mit wöchentlich einer „Unterrichtsstunde“ 9 Wochen. Die Teilnahme kostet pro Kopf und Stunde einen Groschen; 250 bis 300 Vertrauensräte nehmen zwangsweise daran teil, darunter viele geschulte Arbeiterfunktionäre und Vertrauensräte, die, was praktische Erfahrung und politisches Wissen anbelangt, die Lehrer ihrer „Lehrer“ sein könnten.

Wie das „Wissen“ beschaffen ist, das in diesem Kursus verzapft wird, läßt eine Probe genügend erkennen. Ein gewisser Dr. Schmidt, bis dahin in weitesten Kreisen unbekannt, verkündete seinen Hörern folgende Weisheit:

„Bebel hat die Arbeiter falsch geführt! — Karl Marx hat das Kapital falsch geführt! — Lassalle war der erste Nationalsozialist. (Wer ist denn nun eigentlich der erste? Hitler? Friedrich der Große? Nietzsche? Lassalle?) Aber Marx und Bebel haben ihn gehindert, die deutsche Arbeiterschaft nationalsozialistisch zu erziehen!“

Gerechtigkeit an der Bierausgabe

Im Stadtwaldschlösschen, dem Stadtklokal der Dresdener Waldschlösschen-Brauerei am Postplatz, beschwerte sich ein Vertrauensrat des Restaurationsbetriebes beim zweiten Direktor darüber, daß der Bierausgeber den Hitlergruß nicht erwidere. Der zweite Direktor verwies den Beschwerdeführer an den ersten Direktor, der Jude ist. Diesen grüßt der Vertrauensrat mit „Guten Tag“ und trägt ihm seine Beschwerde vor. Der Direktor aber macht ihn darauf aufmerksam, daß er ja soeben selbst den „Deutschen Gruß“ unterlassen und mit „Guten Tag“ begrüßt habe. Der Vertrauensrat erwidert, daß er den Deutschen Gruß unterlassen habe, weil der Herr Direktor ja Jude sei. Auf diese Antwort wird der Beschwerdeführer sofort entlassen; der Bierausgeber hingegen bleibt bei seinen Bierhühnen. Der Vertrauensrat klagt gegen die fristlose Entlassung. Das Dresdener Arbeitsgericht verurteilt die Klage und erklärt die Entlassung für berechtigt, weil die Bemerkung dem Betriebsführer gegenüber als ungebührliches Benehmen anzusehen sei.

Ungebührliches Benehmen — einem Juden gegenüber?

Das soll ein Entlassungsgrund sein! Ja, wo bleiben denn da die Rechtsgrundsätze des „dritten Reiches“! So wird sich völlig durcheinandergelassen, der entlassene Vertrauensrat fragen. Und Julius Streicher, Gottes Zuchtruthe in Nürnberg, würde ihm recht geben. Er würde es diesem Waldschlösschen-Juden so gründlich beibringen, wie auch diesem Arbeitsrichter. Aber leider — so wuchern die verfluchten liberalistischen Ideen überall und immer wieder durch . . .

II

Der Lohnzettel als Manifest

An einem Telegrafenturm an der Leipziger Straße in Dresden-Pieschen hatte ein Arbeiter der Firma Seidel & Naumann (Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Fahrräder; gegenwärtig zirka 3000 Mann Belegschaft) in Dresden-Cotta einen Lohnzettel geheftet, aus dem hervorging, daß der Arbeiter in 48stündiger Arbeitszeit 11,70 Mark verdient hatte. Mit roter Tinte hatte er quer über den Zettel geschrieben: „Das ist der Lebensstandard eines kultivierten Arbeiters im „dritten Reich“!“

Der Zettel hing von morgens acht bis nachmittags zwei Uhr. Ständig waren Leute davor versammelt, die das einfache und wirksame Manifest vielsagend besprachen. Auch SA-Leute standen davor und studierten den Zettel, machten aber nur ironische Bemerkungen über „die jetzigen hohen Einkünfte!“ Erst nach zwei Uhr nachmittags wurde der Zettel von der Polizei entfernt.

III

Wenn er gut brennt . . .

Beim Dresdener Arbeitsamt spricht ein Erwerbsloser vor und fragt: „Guten Tag. Gibt es denn noch keine Kohlenkarten? In früheren Jahren haben wir sie um diese Zeit doch immer schon bekommen?“

Der Beamte wühlt in einer Karthothek und schweigt.

Der Erwerbslose meint, der Beamte habe seine Frage überhört und beginnt von vorn: „Guten Tag . . .“

Da fährt der Beamte herum und fragt grimmig: „Kennen Sie den Deutschen Gruß?“

Der Erwerbslose weiß wohl, was der Beamte meint, tut aber, als verstünde er Gens, Kohlengrus, und sagt freundlich: „Deutschen Grus? Wenn er gut brennt — ich nehme gern ein paar Zentner!“

Aus dem Zellengefängnis

Briefe aus bewegter, schwerer Zeit 1848-1856

Otto
von
Corvin

Zu den interessantesten Gestalten der Revolution von 1848 gehörte Otto von Corvin. Er wurde 1812 in Gumbinnen in Ostpreußen als Sohn eines Postdirektors geboren. 1830-35 diente er als preussischer Leutnant erst in Mainz, dann in Saarlouis. Nachdem er seinen Abschied genommen, nahm der geistig vielseitig interessierte junge Mensch an den Bewegungen des Vormärz lebhaften Anteil — als leidenschaftlicher Republikaner und Demokrat. 1848 kämpfte er in den Reihen der Aufständischen in Baden. Im Mai 1849, als die Gegenrevolution die Oberhand gewann, verteidigte er als Bürgerwehroberst Mannheims die Stadt gegen die Preußen. Als Chef des Generalstabes suchte er dann die Festung Rastatt zu halten. Nach ihrer Uebergabe wurde er standrechtlich zum Tode verurteilt, kurz vor der Erschießung zu sechsjähriger Festungshaft begnadigt.

In seinen „Erinnerungen“ schildert er, wie diese Begnadigung eintraf, als schon alles für die Erschießung vorbereitet war. Diese sechsjährige Festungshaft hat er bis zur letzten Stunde abbüßen müssen. Er hat in diesen Jahren viel gelitten. Aber liest man die Briefe, die er an seine Frau geschrieben hat, so wird man finden, daß der damalige Strafvollzug (für einen Rebellenführer, der mit der Waffe ergriffen wurde!) immer noch human war, verglichen mit den Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern, in die achtzig Jahre später das „dritte Reich“ seine Gesinnungsgegner sperrt. Wir veröffentlichten eine größere Anzahl der Briefe Corvins. Sie sind seinem längst verstorbenen, 1884 erschienenen Buche „Aus dem Zellengefängnis“ entnommen. Es sind menschliche Dokumente von tragischer Größe und mit bemerkenswerten Einblicken in die politische Situation nach 1848 darunter. Vor allem den Briefwechsel mit seiner Frau wird jeder Mitfühlende mit tiefer Anteilnahme lesen.

Otto von Corvin hat nach seiner Entlassung eine vielseitige schriftstellerische Tätigkeit ausgeübt. 1861 erschienen seine vierbändigen „Erinnerungen“. Die Reihe seiner Geschichtswerke ist lang. Am bekanntesten ist er durch den „Pfaffenspiegel“ geworden, der in den weltanschaulichen Kämpfen der Vorkriegszeit eine gewisse Rolle spielte. Im Jahre 1886 endete sein reiches und abenteuerliches Leben.

II. Fortsetzung

„Es ist schön, nur Liebe zu erleben“

Corvin an seine Frau

Den 6. Februar 1852. — Dein Besuch war nicht einmal wie ein Traum, dazu war er zu kurz, sondern nur wie eine Vision. — Wie kannst Du glauben, daß Deine Tränen mich erzürnt haben! Es wäre unnatürlich gewesen, wenn Du mich nach so langer schmerzvoller Trennung unbewegt in solcher Lage wieder gesehen hättest. Glaubst Du denn, daß ich viel gefallt war? — Im Gegenteil, Deine Tränen haben mir wohlgetan, sie haben mein Herz erfrischt, wie ein Sommerregen eine verwelkte Pflanze. Hier in dieser Einsamkeit suchen den Gefangenen oft Gespenster heim, welche danach streben, die Bollwerke niederzureißen, mit welchen der gequälte Geist sich gegen die Angriffe der Verzweiflung verschaut hat. Der schrecklichste Gedanke, der mich hier martert, ist stets der, daß ich vergessen werde und ich, wenn ich endlich wieder in die Welt zurücktrete, ebenso arm an Liebe, wie an Geld bin. Ersteres ist in jeder Beziehung schlimmer, denn die Fähigkeit Geld zu erwerben habe ich nicht verloren; allein wenn man einmal im vierzigsten Jahre steht, dann ist es sehr schwer neue Liebe zu erwerben, oder selbst zu fühlen, und wer bis dahin kein Kapital angelegt hat, wird nie eins mehr erringen. So hat denn also auch Dein Besuch mich getröstet und gestärkt. Das war wieder meine alte Helene, und Du erscheinst mir geschmückt mit den immer grünen Erinnerungskränzen unserer glücklichen Jugend. —

Am 6. Mai werden es 19 Jahr, daß ich Dich zum erstenmal sah.

. Als ich Dich sah, tönte es in meinem Innern: „Diese soll Deine Frau werden.“ Es war das seltsam, aber es war so. Dann folgten glückliche Monate; dann kam der siebenjährige Krieg mit Verwandten und Verhältnissen und endlich wurden wir getraut vom Pfarrer — Rehbock! Das war für einen Jäger ganz gut, allein des Omens wegen hätte ich doch lieber gewünscht, der Name hätte Rieke heißen. Es geht mir eigen mit den Namen der Geistlichen. Ein Käfer hat mich getauft, der Deibel hat mir Religionsunterricht gegeben; ein Rehbock hat mich getraut; nun vielleicht wird mich ein Herrgott begraben.

Daß Dir meine Zeichnungen gefallen, freut mich sehr, allein „wie magst Du nur die Rederei gleich so hitzig übertreiben!“ Da ich noch nie mit der Feder zeichnete, so sind diese ersten Versuche allerdings besser, als ich selbst erwartete, allein sie sind doch noch sehr mangelhaft und in so fern ist's mir eigentlich nicht recht, daß Du sie alle mitnimmst. —

Wenn man fünf Jahre getrennt ist . . .

Bruchsal, den 11. Dezember 1853.

Meine liebe Helene!

Wenn Du mir wieder einmal schreiben willst, dann schreibe auch gleich, sonst führst Du mich irre. Seit dem 1. d. M. hatte ich alle Nacht von Dir geträumt und erwartete bestimmt einen Brief. Endlich in der Nacht vor Anknunft Deines Briefes brachte ihn mir der Herr Pfarrer im Traum. Ich wußte daraus schon vorher, daß er Nachricht über eine ungünstige Antwort des Gr. v. d. G. und von der Krankheit meines Stiefvaters aus D. enthalten würde. Womit Du aber zweimal von mir Schläge — oder doch raue Behandlung verdient hast, das mußst Du besser wissen wie ich. — Ich glaube wohl, daß beim Zusammentritt der Kammern, oder zu Neujahr Begnadigungen stattfinden werden; ob ich dabei bin — daran zweifle ich. Man scheint von mir besonders ungünstige Ansichten zu haben. Es gibt Personen, welche dergleichen geflissentlich auszubreiten scheinen. Allen Beamten, die neu herkommen, merke ich es an, was man von mir glaubt und erst neulich habe ich davon einen Beweis erhalten, indem der Herr Pfarrer gewissermaßen überrascht bei der Entdeckung schien, daß ich menschlichen Gefühls fähig sei! Auch sagte er mir, daß er mich für einen „Zerrissenen oder Welt-schmerzler“ halte! — mich! — und schien meiner Versicherung gar nicht zu glauben, daß ich stets einer der heitersten Menschen gewesen und trotz allem noch bin. — Es ist nicht so ganz leicht, hier immer gleiche Laune zu behalten, wenn man fünf Jahr von allem, was man liebt, absolut

getrennt und dabei körperlich und geistig gemartert ist. Meine Heiterkeit ist so robust, wie meine Lunge; allein letzterer kann ich es gar nicht verdenken, wenn sie sich beklagt, denn das Dörren in konzentriertem Samum, das Rändern in Steinkohlendampf und zu Zeiten Schwefelwasserstoffgas, wie das beständige Putzen mit Ziegelmehl — das geht über allen Spaß, wenn auch der Herr Direktor mir aus den Erfahrungen des Hauses beweist, daß das Zellenklima den Schwindsüchtigen ganz merkwürdig erspriesslich sei. Für Abwechslung ist jetzt wieder Kälte angeordnet, nach der achttägigen Hitze; ich sitze hier eingepackt als wolle ich nach dem Nordpol reisen und lege meine Füße gern auf den Tisch, oder stecke sie in die Tasche, wenn sich das mit dem Schreiben vertrüge. — Werde ich frei, dann werde ich mich erst freuen, wenn ich mich — 20 Meilen von hier — überzeugt habe, daß man mich nicht zum besten hat; denn seit 2 1/2 Jahr bin ich stets von Ostern zu Weihnachten am Hoffnungsnarrenseil prominent geworden. Daß Du meinst, ich solle mich darauf gefaßt machen, Dein altes Gesicht noch häßlicher wieder zu finden“ usw., freut mich nicht eben übermäßig, denn ich liebe das Schöne, allein die Schönheit derer, die wir lieben, ist nicht abhängig von Falten und Linien; was man liebt ist immer schön. (Das ist auch der Grund, weshalb Menschen sich selten selbst häßlich finden.)

Nun mein liebes Herz, lebe wohl; behalte Mut — eben fällt ein Schuß — wahrscheinlich wieder der Schilddache aus Unvorsichtigkeit das Gewehr losgegangen; neulich schloß sich einer durch den Arm — Spiele nie mit Schießgewehr, denn es fühlt wie Du den Schmerz, würde Gerstäcker sagen.

Pläne für die Zukunft

Corvin an seine Frau.

Bruchsal, 18. August 1854.

Meine liebe, teure Helene!

Deinen Brief nebst dem Paket habe ich heute an Deinem Geburts- und Namenstage erhalten und antworte Dir gleich vor Deinem mit hübschen, frischen Blumen bekränzten Bilde. Mut! meine alte Helene. Deine Stimmung hat mich schon seit Deinem letzten Besuche beunruhigt. Diese desperate tranquillität gefällt mir nicht. Gib Dich nicht einer solchen trostlosen Stimmung hin, sondern bekämpfe sie mit aller Macht. Zwing Dich heiter zu sein, an Vergnügungen Teil zu nehmen und halte stets den Gedanken fest, daß ja das Ende unserer Leiden nicht mehr so fern sein kann und dann, daß Du stets mir gleich teuer sein wirst, daß Du die Geliebte meiner Jugend bist und daß die schönen durchlebten Zeiten, die wohnigen Träume, die wir durchträumten, ein Band zwischen uns bilden, welches nie zerreißt kann. Lange, sehr lange habe ich uns beide in der Tat als eins betrachtet — doch das ist unsicherer Boden. Verlaß Dich fest darauf, meine Helene, daß, wenn wir auch andere Menschen teuer sind, dies nicht auf Kosten der Liebe zu Dir der Fall ist. Was ich einmal lieb habe, kann ich nie aufhören zu lieben und unter keinen Umständen, sie mögen sein welche sie wollen. Hätte ich selbst, was ja doch nicht der Fall ist, Gründe, an Deiner Liebe zu zweifeln, oder Du durch irgend welche Handlungen in den Augen anderer es entschuldbar gemacht, daß meine Liebe sich in Gleichgültigkeit oder selbst Haß verwandelte, — ich würde vielleicht böse auf Dich werden, allein mich nie zu Handlungen hinreißen lassen, welche Dir schaden, oder aufhören, Dich zu lieben. Es ist das eine erbärmliche Liebe, die ein Ende hat, wenn der Gegenstand derselben Fehler zeigt, oder Schwächen; meiner Meinung nach kann sie dann erst sich recht zeigen, und ich würde mich zuerst fragen: Habe ich nicht vielleicht durch meine Fehler die Deinigen hervorgerufen? Ist es ein Grund heillos zu sein, weil Du vielleicht nicht alle die Eigenschaften besitzt, die ich, als ich Dich kennen lernte, an Dir vermutete? — Ich wäre dann wahrscheinlich schlimmer daran als Du, denn Deine lebhaft und stets in Idealen schwärmende Fantasie hat mir damals gewiß eine Menge Eigenschaften beigelegt, von denen ich nicht die Spur besitze. Laß uns also, meine teure Helene, Nachsicht miteinander haben und wenn uns endlich das Glück wieder zusammenführt, auch treue Freunde sein, und dazu gehört ein ganz unbedingtes Vertrauen und unbegrenzte

Strafgesetze gegen Andersdenke

Wenn man alle Gesetze studieren wollte, so hätte man gar keine Zeit, sie zu übertreten. (Gotha)

Aufrichtigkeit und Wahrheit. — Die Ansichten und Lehren mancher geistreichen Personen, mit denen wir umgingen, haben Deinen lebhaften und etwas unstillen Geist angezogen und vielleicht irre geleitet; allein Du hast oft Gelegenheit gehabt zu bemerken, — daß nicht Alles Gold ist was glänzt. Doch genug des Predigens; wenn wir uns wiederhaben, dann wollen wir uns gegenseitig aussprechen und vorläufig halte daran fest, daß Du Dich auf mich unter allen Umständen verlassen kannst, daß ich in bezug auf Dich nicht ändere.

Was Deine Pläne für die Zukunft anbetrifft, so gestehe ich, daß es mir für Dich am liebsten wäre, wenn Du wieder nach Berlin in Deine alte Stellung zurückkehren könntest. Dort lebst Du wenigstens ohne Sorgen unter ruhigen, anständigen Menschen, die Dich achten und lieben. . . .

Deine Partien nach Soden, Königstein, Feldberg usw. machen mir im Gegenteil viele Freude und ich wollte, Du erzähltest mir sie genauer. Ich freue mich, wenn Du dergleichen suchst und genießt mit Dir. Das mußst Du bedenken und nicht, daß ich hier in meiner traurigen Zelle sitze und viel darum geben würde, nur einmal eine Stunde im grünen Walde zu sein! —

Fürchte nicht, die Herrn in Karlsruhe zu belästigen. Ich werde nun fünf Jahre ennuyirt und da kannst Du sie schon einmal fünf Minuten im Jahr langweilen. Uebrigens kann es nur eine ganz gemeine und brutale Natur sein, welche über die Tränen einer armen Frau ärgerlich wird, die für ihren gefangenen Mann bittet, und die Herrn in Karlsruhe sind ja so zartfühlend und menschenfreundlich, — wie Du mir so oft gerühmt hast. Vor allen Dingen darfst Du nicht versäumen, Herrn Junghans und andere um ihre Empfehlung und Fürwort bei Herrn von Wedmar zu bitten, damit er nicht auf den Glauben kommt, man wolle die Sache trotz ihm bei dem Regenten durchsetzen, was Torheit wäre. Die Hauptsache ist, zu erfahren, was man mit mir vor hat und ich würde in Deiner Stelle den Regenten geradezu fragen, da man gesagt man werde mich meine ganze Strafe nicht erstehen lassen. Dann gilt es mit acht Jahren davon zu kommen, und das ist Ende Januar.

„Wenn ich mein Leben beschreibe“ . . .

Bruchsal, 24. September 1854.

. . . Ich freue mich sehr, daß Du glücklich angekommen bist (in Berlin) und dort alles so nach Wunsch gefunden hast. . . . Daß Du den guten Storch besucht hast, war recht. Dein Besuch hat ihm gewiß große Freude gemacht; ich erwarte mit Ungeduld den versprochenen Brief. Mir ist es, als seiest Du schon ein Jahr fort, — oder vielmehr ich habe gar keinen Sinn für die Zeit und den Tag nach Deinem Besuch war mir, als sei derselbe schon lange, lange her. Die Tage vergehen mir übrigens rasend schnell und ich freue mich auf den andern Morgen, auf meine Arbeit. . . .

Du hast auf den Geburtstag des Regenten gehofft, ich nicht im Geringsten; nun hoffst Du auf die Vermählung, — ja wenn Herr von Wedmar sich vermählte! — Nun wir müssen eben aushalten. . . .

Mein Frankfurter Marktschiff ist vor einigen Tagen angekommen. Die kleine, gute Mins ist exakt wie eine Uhr, — das bist Du auch, aber wie unsere Uhr hier, ein Genie von einer Uhr, welches Pünktlichkeit grundsätzlich verachtet. . . .

. . . Ich habe mir von Mina Calmus, Orangeschalen, Gewürznägel und Zimt schicken lassen, woran ich täglich ein wenig kaue und das bekommt mir prächtig, denn ich schreibe mein öfteres Unwohlsein hauptsächlich der Nahrung zu, an der Gewürze eine Mythe ist. Wir erhalten alles in Breiform; jedes Gemüse ist zur Unkenntlichkeit zerrührt und zerkoht, so daß der Magen gar nichts zu tun hat und alle Energie verliert. Der Doktor hat mir auch etwas Wein verordnet, wöbentlich zwei Mal einen halben Schoppen, was mir sehr wohl tut. — Meine Zelle ist jetzt für den Winter eingerichtet. Ich habe mir eine neue Strohddecke in Teilen machen lassen, die erlaubt, daß ich die Zelle ordentlich auflege und spreng; denn wegen der Malerei scheue ich den Staub sehr. Ferner habe ich einen größeren Tisch mit einem Schubfach bekommen; ein an meinen Tisch zu schraubendes Brett zum Malen, welches bequemer ist, wie eine Stafflei, und dazu einen gepolsterten Drehstuhl, den ich höher und tiefer schrauben kann; endlich zwei neue Käfige für meine lieben Häuschen, die darin ganz glücklich sind. Du siehst, man ist hier freundlich und bewilligt mir was möglich und so wird ja endlich auch die Stunde der Freiheit schlagen. † † † und Konsorten beneide ich nicht um ihren Rumb.

For dearer the grave or the prison,

Illumed by one patriot's name,

Than the trophies of all who have risen

On liberty's ruins to fame!

(Denn mehr wert sind das Grab oder das Gefängnis, welches durch den Namen eines Patrioten erhellt ist, als die Trophäen all Derer, die auf den Ruinen der Freiheit zu Betühmtheit emporgestiegen sind.)

Diese herrliche Stelle ist aus Moores Irish Melodies, einem der Bücher, die mir die gute Emilie geschenkt hat und die ihre Lieblingsbücher sind. Ich habe nie etwas gelesen, das mich so ergriffen und angesprochen hätte, als einzelne dieser köstlichen Lieder von Moore. . . .

Du hast mich immer am liebsten, wenn ich nicht da bin. Das ist gar nicht schmeichelhaft. Doch ich bin damit zufrieden. Im Glück warst Du ja überhaupt weit weniger lebenswürdig gegen mich als im Unglück und das ist ein schöner Zug von Dir und ein Beweis nicht allein Deines trefflichen Charakters, sondern auch, daß Du mich von Herzen lieb hast. Wie oft hast Du in Leipzig gewünscht — es möchte Dir schlecht gehen. Du wolltest in einem Dachstübchen wohnen, arbeiten und daß ich Dich als Dein Geliebter besuchte. Du bist ein närrischer Kopf. — Denkst Du noch oft an die Zeit vor unserer Verheiratung, ehe ich die Journale übernahm und es mir so erbärmlich ging? An diese Zeit denke ich stets, wenn Du einmal garstig bist; denn Dein Benehmen in jener Zeit kann ich nie vergessen. Wenn ich mein Leben beschreibe — das wird die Glanzstelle des ganzen Buches und sollte mein Name auf die Nachwelt kommen, diese Stelle sichert Dir immer den Platz neben mir und Dein Beispiel wird oftmals und oftmals als Muster hinstellt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Wieder Todesurteile!

Das widerrufen Geständnis

Rassell, 28. November. Das Kasseler Schwurgericht verurteilte heute den 33-jährigen Johann Becker aus Kassel wegen des am 10. Juni 1931 an dem Polizeiwachmeister Kuhlmann begangenen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Das Verfahren gegen drei Mitangeklagte wurde auf Grund der Amnestie vom 29. Dezember 1932 eingestellt.

Am Abend des 10. Juni 1931 war es in der Kasseler Altstadt zu schweren kommunistischen Unruhen gekommen, in deren Verlauf der Polizeiwachmeister Kuhlmann aus einer Menschenmenge heraus erschossen wurde. Lange konnten die Vorkänge von damals nicht aufgeklärt werden. Schließlich wurde der jetzt verurteilte Becker auf Grund einer Anzeige am 6. Juni 1934 in Schutzhaft genommen. Seine Vernehmung durch die Geheime Staatspolizei förderte belastendes Material zutage, und Becker legte ein Geständnis ab. Dieses Geständnis hat Becker jetzt in der Schwurgerichtsverhandlung widerrufen, angeblich darum, weil er es im Juni „auf höhere Anweisung einer kommunistischen Dienststelle“ abgelegt habe, um die drei Mitangeklagten, die er der Mittäterlichkeit bezichtigt, unschuldig zu machen, denn sie seien in kommunistischen Kreisen verdächtig worden, Spione gegen den Kommunismus zu sein.

In der Begründung des Urteils heißt es u. a., die Tatumstände sprächen gegen den Angeklagten Becker. Er habe mehrere Waffen im Besitz gehabt, außerdem habe er der Polizei das Versteck der Mordwaffe angeben können. Früher habe er jenes in alle Einzelheiten gehende Geständnis abgelegt, das er den tödlichen Schuss abgegeben habe. Das Geständnis habe er dann vor dem Untersuchungsrichter wiederholt. Es stehe fest, daß er der Mörder sei. Becker habe vorfalsch getötet, die Tötung sei sein Ziel gewesen, denn in kommunistischer Begriffserwirrung habe er das für eine Heldentat gehalten. Der Angeklagte habe auch mit Heberleanna, planmäßig und ohne Aufregung gehandelt. Gleichzeitig habe er sich des schweren Antrubs und des Wiederstandes schuldig gemacht.

Heilbronn, 29. November.

Am 17. April 1934 hatte der 45 Jahre alte Friedrich Gaarer in Mundelsheim a. R. seinen Schwager, den Strafanstaltskommissar Striffler in Ludwigsburg, der auch Obertruppführer war, vorläufig und mit Ueberlegung erschossen. Das Kasseler Schwurgericht verurteilte ihn nach zweitägiger Verhandlung wegen Mordes zum Tode.

Wenn man Auslandszeitungen liest...

Die Tendenzurteile werden immer schärfer

Die „Abenisch-Westfälische Zeitung“ berichtet ausführlich von zwei bemerkenswerten Prozessen vor dem Dortmund-Sondergericht. Ein Briefmarkensammler, der die Gewohnheit hatte, die Papierkörbe einer Post nach Briefmarken zu durchsuchen, fand bei dieser Gelegenheit auch eine ausländische Zeitung. Dort will er alles mögliche über den Führer und Reichskanzler gelesen haben, weiter Behauptungen über die SA, und über nichtoffizielle Abstammung führender Persönlichkeiten. Der Angeklagte, der wegen staatsfeindlicher Gesinnung als Angeklagter der Straßendahn entlassen worden war, erzählte solche Geschichten als eigene Weisheiten weiter, und erst als das Strafverfahren in Ganga kam, befiel er sich auf die Festfüße seiner Auslandszeitung. Der Vertreter der Anklage hob hervor, daß man lange überlegt habe, ob der Fall nicht als Hochverrat zu werten sei, da der Angeklagte offenbar mit seinen Äußerungen Zerlegungsaufgaben in der SA verfolgt habe. Das Gericht erkannte auf zehn Monate Gefängnis; der Angeklagte wurde sofort verhaftet.

In einem zweiten Fall befiel sich ein Angeklagter auf die Meldungen dreier ausländischer Sender. Er hatte u. a. das letzte Wahlergebnis verdächtigt, Gerüchte über den 30. Juni verbreitet und dabei ausdrücklich hervorgehoben, er habe keine Angaben von ehrenwerten Leuten, er sei so sicher, daß man ihn ruhig ansetzen könne. Auch er wurde zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet.

Nach Mitteilung des Landrates der Donaubrück wurden in einer größeren Landgemeinde der Umgebung drei Einwohner in Schutzhaft genommen, weil sie „gewissenlose Verleumdungen gegen eine im öffentlichen Gemeinwohl stehende Persönlichkeit verbreitet hätten“.

Frankfurt, 28. November.

Vor dem Hause des Telegrafendarbeiters Th. Christian, der in der Burgstraße wohnt, sammelten sich, so berichtet die „Frankfurter Zeitung“, in den Abendstunden des Dienstag erregte Menschenmassen an, die gegen den Telegrafendarbeiter demonstrierten. Christian wurde, wie mitgeteilt wird, zum Vorwurf gemacht, daß er sowohl in einem öffentlichen Lokal als auch auf der Straße schwere Verleumdungen gegen den Führer und Reichskanzler ausgesprochen und auch Verleumdungen gegen die NSDAP und ihre Mitglieder sich habe zuschulden kommen lassen. Infolge der Demonstration mußte schließlich die Polizei einschreiten. Christian wurde darauf in Schutzhaft genommen. Die polizeiliche Untersuchung ist eingestellt.

Der Kölner Brüning-Prozess

Der Staatsanwalt beantragt zehn Jahre Gefängnis

Köln, 28. November 1934.

Im Prozess gegen den früheren Vizebürgermeister von Köln, der die Stadtgemeinde Kölns mehrere Zentrumsmitglieder, geistliche Stifte und zahlreiche Privatpersonen im M. L. L. von ein betrug, stellte der Staatsanwalt Thomas nach einem 2-stündigen Plädoyer den Antrag, den Angeklagten wegen Untreue, Betrugs, Betrugsversuchs, fortgesetzten Betrugs und Kontroversen in der höchstzulässigen Gefängnisstrafe von 10 Jahren zu verurteilen. Außerdem beantragte er, dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die höchstzulässige Dauer von fünf Jahren abzunehmen. Die Untersuchungsakten soll angerechnet werden.

Die Höhe des beantragten Strafmaßes beantragte der Vertreter der Anklage damit, daß Brüning das Vertrauen, das ihm auf Grund seiner überausenden Stellung entgegengebracht wurde, in der absichtlichsten Weise mißbraucht.

Für die Freilassung Ossietzkys

Ein Aufruf Schweizer Intellektueller

Eine große Anzahl bedeutender Schweizer Persönlichkeiten erläßt einen Aufruf zu Gunsten der Freilassung Carl v. Ossietzkys, der immer noch mit Tausenden anderen deutschen Männern und Frauen in den Konzentrationslagern des Hitler-Reiches schmachtet. Der Aufruf lautet:

Seit dem 28. Februar 1933 wird der Schriftsteller und Vorkämpfer für den Frieden, Carl v. Ossietzky, in den deutschen Konzentrationslagern von Sonnenburg und Papenburg-Ehrenwegen gefangen gehalten. Am Tage nach dem Reichstagsbrand, mit dem er in keinem Zusammenhang stand, wurde er in Haft genommen, aus der er, ohne daß eine Anklage gegen ihn erhoben worden wäre, bisher nicht wieder entlassen worden ist.

Carl v. Ossietzky, der ehemalige Redakteur der „Berliner Volks-Zeitung“, Mitarbeiter des „Tage-Buch“, Herausgeber der „Weltbühne“, Sekretär der „Deutschen Friedensgesellschaft“ und Vorstandsmitglied der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, ist als einer der tapfersten und unbegreiflichsten, aber auch vornehmsten und ritterlichsten deutschen Publizisten längst weit über die Grenzen seines Landes hinaus bekannt geworden. Sein mutiges Wort und sein unerlöschender Kampf für Frieden und Gerechtigkeit haben ihm die Verehrung und Bewunderung der gesamten friedensgewilligen Welt eingebracht. Wegen seiner offenen Kritik am deutschen Reichswahrentat wurde Carl v. Ossietzky Ende 1931 zu Gefängnis verurteilt. Er hat die ihm gebotene Mäßigkeit, sich der Strafe durch Hunger zu entziehen, beharrlich von sich gewiesen; aufrecht, als lebendige Demonstration für den Frieden hat er seine Strafe bis zu seiner Amnestierung abgeduldet. Tausende, darunter viele Schweizer, haben ihm damals durch die Unterzeichnung eines Gnadenersuches ihre Sympathie ausgedrückt. Zehntausende in allen Ländern der Welt erleben heute erneut ihre Stimme für die Befreiung Carl von Ossietzkys. Zahlreiche vorläufigsberechtigte Organisationen und bedeutende Einzelpersonen haben seine Kandidatur für den Friedensnobelpreis 1934 aufgestellt und unterstützt.

Auch in der Schweiz wird das Schicksal Carl v. Ossietzkys mit steigender Sorge verfolgt. Die unterzeichneten Schweizerbürger aller Völkerverbindungen, Sprachen und Konfessionen, Angehörige aller Stände und Berufe, Mitglieder der verschiedenen Parteien und Parteilose, und mit ihnen die großen Teile des Schweizervolkes, sehen sich daher veranlaßt, von den zuständigen Behörden des Deutschen Reiches mit allem Nachdruck die unverzügliche Freilassung Carl von Ossietzkys zu erbitten. Die deutsche Regierung möge bedenken, daß sie den Wünschen des Auslandes an den vor ihr sofort verständigen Friedenswillen und damit eine Wiederherstellung des internationalen Prestiges ihres Landes solange nicht wird erwarten dürfen, als sie einen der mutigsten Friedenskämpfer als einem Verbrecher behandelt. Die Forderung des Unterzeichneten für Carl von Ossietzky, der selbst nie einer politischen Partei angehört hat, ist weder die Sache irgendeiner Partei, noch sonst irgendeiner Gruppe; sie entspringt ausschließlich den gemeinsamen Gefühlen der Menschlichkeit und Menschlichkeit; sie ist begründet durch die bange Sorge um die erschütterte Gesundheit Carl von Ossietzkys; und sie ist nicht zuletzt ein Ausdruck der Sympathie für den Menschen Carl von Ossietzky, der unter Einsatz des höchsten Gutes, der persönlichen Freiheit, unablässig für die Idee des Weltfriedens gekämpft hat.

Der Aufruf ist gezeichnet von:

- Walter Amstalden, Ständerat und Landammann, Zernien; Dr. Hans Bauer, Redakteur der „National-Zeitung“, Basel; Prof. Dr. phil. Ernst Bover, Generalsekretär der Schweizerischen Völkerverbände, Langnau; Robert Bratschi, Nationalrat, Generalsekretär S. G. B. Bern; Prof. Dr. Theol. Emil Brunner, Zürich; Jakob Bühler, Schriftsteller, Zürich; Guglielmo Canavassini, Staatsrat, Bellinzona; Le Corbuser, Architekt, Paris; Dr. jur. Eugen Curti, Zürich; Prof. Dr. jur. August Egger, Zürich; Dr.

- jur. David Farbschein, Nationalrat, Zürich; Ernst Klädiger, Chefredakteur des „St. Galler Tagblatt“, St. Gallen; Dr. med. Oscar-Louis Jorel, Prangins; Dr. phil. Andreas Gaudenzi, Nationalrat, Zernien; Ernst-Paul Graber, Nationalrat, Neuenburg; Dr. jur. Hans Graf, Redakteur der „Bücher Post“, Zürich; Prof. Dr. jur. Eugen Grohmann, Zürich; Dr. phil. Werner Johannes Guggenheim, St. Gallen; Prof. Dr. jur. Paul Guggenheim, Genf; Giulio Guilletti, Rapprecht, Chiasso; Yur Wanger, Architektin, Zürich; Dr. med. Hermann Haberlin, Nationalrat, Dreifachmitglied des internationalen Friedensbüros, Zürich; Dr. h. c. Hermann Haller, Bildhauer, Zürich; Prof. Dr. phil. Heinrich Danielmann, Zürich; Dr. phil. Friedrich Hauser, Nationalrat, Basel; Fritz Horand, Kantonsrat, Zürich; Johannes Huber, Präsident des Nationalrates, St. Gallen; Prof. Dr. h. c. Paul Karrer, Zürich; Dr. h. c. Emil Kästli, Ständerat, Stadtpräsident, Zürich; Berner Röntgen, Zürich; Dr. H. Kramer, Redakteur, St. Gallen; Alfred Kunderl, Redakteur, Vetzlar; Dr. h. c. Otto Lang, Oberbürgermeister, Zürich; Dr. Walter Leick, Schriftsteller, Zürich; Emil Ludwig, Schriftsteller, Mosca; Professor Dr. phil. Albert Mathe, Ständerat, Genf; Dr. h. c. Thomas Mann, Schriftsteller, Bonnstadt; Prof. Dr. phil. Fritz Marbach, Bern; Dres. Alice und Paul von Monakow, Zürich; Dr. phil. Hans Mühlstein, Schriftsteller, Maloja; Prof. Dr. phil. Hans Rabholz, Zürich; Ernst Röss, Nationalrat, Zürich; Franz Odermatt, Landwirt, Stans; Dr. jur. Emil Oprecht, Berleberg, Zürich; Dr. phil. Hans Oprecht, Nationalrat, Zürich; Prof. Dr. Theol. Leonhard Ragaz, Zürich; G. R. Ramuz, Schriftsteller, Lausanne; Ernst Reinhard, Nationalrat, Bern; Dr. jur. Ludw. Rittermeier, St. Gallen; Ernst Rosenbluth, Zürich; Dr. phil. Adolf Zaeger, Raffano-Pugano; Dr. jur. Victor-Emil Scherer, Nationalrat, Basel; Dr. oec. publ. Arthur Schmid, Nationalrat, Oberentfelden; P. Schmid-Ammann, Redakteur, Schaffhausen; Dr. phil. Willi Schobans, Seminarlehrer, Kreuzlingen; Prof. Dr. phil. Carl Schröter, Zürich; Dr. phil. Ida Somazzi, Bern; Prof. Dr. phil. Alfred Stern, Zürich; Dres. med. Vera und Charlot Tröcher, Zürich; Dr. jur. et phil. Robert Wagner, Oberbürgermeister, Bern; Maria Wartenweiler, Schriftstellerin, Frauenfeld; Dr. phil. Maria Waser, Zürich; Dr. rer. pol. Max Weber, Bern; Albert J. Welti, Kunstmalers und Schriftsteller, Genf; Prof. Dr. phil. Gertrud Wofer Merzigen-Bern; Dr. jur. Eduard Zellweger, Zürich; Hans Zimmermann, Direktor des Stadttheaters, Bern; Dr. jur. Emil Zürcher, Zürich.

Neuer Mord in Dachau

München, 28. Nov. (Nupress): Die Mutter Walter Haebichs, eines führenden Funktionärs des kommunistischen Jugendverbandes, der eine Zeit lang an der Spitze des Zentralkomitees des KPD stand, erhielt in den letzten Oktobertagen, wie wir erfahren, von der Vagerverwaltung des Konzentrationslagers Dachau die Nachricht, daß ihr Sohn am 2. Juli 1934 in Dachau „verstorben“ sei. Die Aiche stehe in Dachau zur Abholung bereit.

Nach vier Monate hatte diese Vagerverwaltung die Angehörigen über das bereits vollzogene Schicksal in Unkenntnis gelassen, vier Monate lang trug dieses Regime die Gesandten ein, die die Mutter sich vom Munde absparte. Als die Schwester des Toten nach Eintreffen der Todesnachricht eine Anzeige in einer Stuttgarter Zeitung aufgegeben hatte, wurde sie einige Stunden später vor die Geheime Staatspolizei geladen, die ihr eröffnete, daß die Todesanzeige nicht zugelassen werde, selbst dann nicht, wenn das Datum „Dachau, den 2. Juli“ weggelasse. Die Schwager war zunächst genug, der Schwester sogar zu erklären: „Aber, wir hatten uns an die, die uns in die Hände fallen.“

Haebich war im Besitz einer ausgedehnten Polizeirazzia verhaftet worden, die nach der Ausbeutung einer illegalen Druckerei in einem Münchener Priesterseminar durchgeführt worden war. Daß er am 2. Juli farb, bestätigt erneut, daß die Henker des 30. Juni auch in den Konzentrationslagern wüteten. Daß der Mord erst jetzt bekannt wird, rechtfertigt die Befürchtung, daß selbst jetzt noch nicht alle in den Konzentrationslagern vollstreckten Morde bekannt sind.

Abgeleugnet

Das Rundschreiben zur Vorbereitung einer Vermögensbeschlagnahme der „toten Hand“

München, 28. November.

Die Reichspressestelle der NSDAP gibt bekannt:

„In einigen Emigrantenblättern findet sich der Abdruck eines Rundschreibens, das angeblich vom Reichsamt der NSDAP an die Gauamtsleiter ergangen sein soll. In diesem angeblichen Rundschreiben soll die NSDAP verlangen haben, daß die Grundstücke und Gebäudekomplexe der in den Gaudistrikten sich befindenden Ordens- und Missionsgesellschaften beider Konfessionen genaue Nachforschungen zu veranlassen.“

Im Einvernehmen mit dem Reichsstaatsminister der NSDAP wird festgestellt, daß weder ein solches, noch ein ähnliches Rundschreiben jemals ergangen ist. Dieser Fall zeigt neuerdings, mit welchen Mitteln die Emigrantenpresse ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus führt.“

Das Rundschreiben ist in der katholischen Zeitschrift „Der deutsche Weg“ zuerst erschienen.

Wir glauben diesem Blatte mehr als den berufsmäßigen Organen in der Reichspressestelle der NSDAP, deren Vagen einen Verstoß gegen die Ehre der NSDAP darstellen würden.

Sterilisations-Mord

Aus Konstanz wird uns geschrieben: Am benachbarten Singen a. S. hat sich folgender unerhörter Fall zugetragen: Ein 33-jähriges Mädchen war vor einigen Jahren infolge nervöser Störungen kurze Zeit in der Heil- und Pflanzanstalt Reichenau. Sie wurde als geheilt entlassen und arbeitete seitder Tag für Tag ruhig und fleißig in den Aluminium-Walzwerken und war die Stütze ihrer betagten Eltern. Auf Grund des Sterilisationsgesetzes erhielt sie die Aufforderung, sich ins Krankenhaus in Singen a. S. zur Vorbereitung der Sterilisation zu melden. Als sie sich weigerte, dem Befehle nachzukommen, wurde sie von zwei Polizisten in ihr Versteck abgeholt und ins Krankenhaus überführt. Die Operation wurde ohne weitere Untersuchung vorgenommen und in der folgenden Nacht, oder richtiger andern Morgen, starb das Mädchen. Die Zeitschrift erlag infolge Herzschwäche. Erst um 10 Uhr vormittags wurden die Eltern benachrichtigt, daß es mit ihrer Tochter „nicht auf hebe“, sie mögen ins Krankenhaus kommen. Auch der Arzt im Krankenhaus teilte den alten Eltern den Tod ihrer Tochter noch

nicht mit, sondern sagte: „Sie müssen auf das schlimmste gefaßt sein.“ Er beauftragte eine Schwester, die Eltern in das Zimmer zu führen. Diese führte sie nun in die Leichenhalle.

Der Vater des Mädchens hat nun bei der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Mord, begangen an seiner Tochter, erhoben.

Pro'est bei der deutschen Botschaft

Das Befreiungskomitee in Paris

Paris, den 28. November.

Das Befreiungskomitee für Thalman und alle eingekerkerten Antifaschisten hat in seiner Unterstufenkampagne als Protest gegen die Enttarnung Thalmanns, gegen das System der Konzentrationslager und gegen die Terror-Justiz bisher 100.000 Unterschriften gesammelt. Am Donnerstag, dem 22. November, begab sich eine Delegation zur deutschen Botschaft, um ihr diese Protestlisten zu übergeben und bei dem deutschen Botschafter wegen der Enttarnung Thalmanns, wegen der Greuel in den Konzentrationslagern, gegen das Volksgericht und die faschistische Terrorjustiz zu protestieren. Die Delegation bestand aus: Jean Longuet (sozialistischer Abgeordneter), Gabriel Perri (kommunistischer Abgeordneter), Professor Wallon, Rambanc, Rechtsanwalt Donbolavsky als Vertreter von Henry Torres, Frau Yahn-Hollebecque, Le Brascon von den bürgerlichen Freiheitskämpfern und einigen Vertretern verschiedener antifaschistischer Organisationen. Diese Delegation wurde an der Ecke der Rue de Villeta von einem Polizeikommando und zwanzig Schutzleuten angehalten. Die deutsche Botschaft, die durch die Presse von dieser Delegation erfahren hatte, hatte sich diese Polizeibeamten zum Schutze bestellt. Die Polizei erlaubte nur den Abgeordneten Longuet, Perri und Le Brascon den Zutritt zur Botschaft. Der Botschafter jedoch weigerte sich, die Delegation zu empfangen und die Protestlisten anzunehmen. Die anwesenden französischen Abgeordneten protestierten energisch gegen dieses Verhalten des deutschen Botschafters und wiesen darauf hin, daß es eine Verletzung der internationalen diplomatischen Regeln sei, wenn der Gesandte eines fremden Staates Parlamentarier des Gastlandes nicht empfangen wolle. Das Befreiungskomitee fordert alle Organisationen und Gruppen auf, Protestschreiben an die deutsche Botschaft in Paris zu senden. Delegationen zu schicken und den deutschen Gesandten zu zwingen, daß er sich wegen seines unerhörten Verhaltens öffentlich entschuldigen und die Protestunterschriften seiner faschistischen Realeruna übermitteln.

Durchs Suckloch

Jedes ausgeprägte Staatswesen hat sein Symbol. Im England des älteren und des jüngeren Pitt war das der Pfefferkorn, im Frankreich Dantons die rote phrygische Mütze. Der Zarenstaat lobte seine Nagaika. Das „dritte Reich“ hält es mit der Reitpeitsche.

Es mögen sich beträchtliche seelische Imponderabilien daran knüpfen, wenn schon in der ersten Biographie, die bereits vor Jahr und Tag über jenen Mann erschien, der am 9. November 1918 im Lazarett zu Passy, mittags viertel vor zwölf nach Visite des Stabsarztes, den Entschluß faßte, von nun ab aber Staatsmann zu werden, ein Bild aus seiner Frühzeit wiedergegeben wird, das ihn eine solide, rindlederne Reitpeitsche in der nervigen Rechten tragen läßt. Wenn Herr Hitler in den romantischen Tagen vor seiner Machtübernahme agitationshalber per Mercedes durch die nordische Landschaft brauste, Wotans wilde Jagd in muselinbraun, wobei manchmal seine lieben Kommunisten am Straßengraben ein wenig gemault haben mochten, dann klatschten links und rechts vom Chauffeur die Reitpeitsche seines Haremswächters hernieder. Woran übrigens wieder das gute Deutschland als eine Republik, die sich gewaschen hatte, zu erkennen war. Auch das kann man nachlesen an vielen Stellen, wo Adolfs Phöbusfahrt in die Macht in so manchem Buch aus seinem Verlag beschrieben wird. Sein Intimissimus Streicher hat Hitler sogar eine Reitpeitsche mit gravierter Widmung geschenkt, was diesen wieder ermutigte, sie bei ordonanzmäßiger Weise bei hohen Staatsvisiten, die er abstattet, zu gebrauchen.

So eine Reitpeitsche hat es, seelisch betrachtet, wohl zweifach an sich. Zunächst läßt sich damit auffällig beweisen, daß man einer höheren Kaste anzugehören gewillt, befähigt und beglaubigt ist. Es wird durch sie demonstriert, daß auch ein Zollaufsichterssohn mit halber Bürgerschulreife doch zum Aristokraten, Gent und Kavaller sich entwickeln kann. Man soll da nichts vorhersagen, zu was hoffnungsvolle Sprößlinge aus Zichorinkaffee- und Schmalzbröt-Milieu sich schon hinaufbugelieren können. Ein blühendes Uhrglas, das sich mit genau derselben psychischen Komponente der Handlungshilfe Meier ins Adlernäse klemmt, tut es ja auch, um Hochadel zu markieren, und ist zudem billiger. Würde Herr Hitler etwa nie den General von Ludendorff in seinem Leben kennen gelernt haben, trüge er wahrscheinlich auch nur ein solches Uhrglas. So kam er aber wirklich an die Aristokratie; nun wurde er zu noch Höherem bestimmt. Da mußte die Reitpeitsche als das noch adligerere Erkennungszeichen herbei! Sie ist noch beweiskräftiger als das Monokel. Geritten wird zwar nicht mehr viel in der Welt, weiß es Gott. Die Kavallerien klabastern hinter den Schallmeßtrupps nur noch so daher. Die Straßen stinken von Mokadam, Standardo und Teer. Ein Dröschkengaul, der noch zu prügeln wäre, lebt höchstens noch im allerältesten Wien, wohin Herr Hitler so wie so nicht kann. Aber die große Erinnerung, was es mit so einer Karbatsche einst auf sich hatte, ist doch noch da und wirkt. Mit der Reitpeitsche hat Hitler sicherlich geglaubt, allein in so höheren Kreisen als heiratsfähig zu erscheinen. Was für eine Psychologie!

Aber die Reitpeitsche markiert nicht nur höheren Adel, sondern auch Kraft, Mark und Männlichkeit mit Ausrufezeichen! Wer eine Reitpeitsche trägt, ohne grade Fuhrknecht oder Trainiergeant beruflich dazu verpflichtet zu sein, will damit dokumentieren, daß er im höchsten Grade und auf allen in Frage kommenden Gebieten potent ist. Wenn du zum Weibe gehst, vergiß die Reitpeitsche nicht! Nun ist es zwar so, daß die wirklich Potenten es gar nicht nötig zu haben scheinen, ihr Können auch noch symbolisch dokumentieren zu müssen. Don Juan hat eine Reitpeitsche nicht in seinem sonst so angenehmen Leben gebraucht; in Bocaccios Dekameron und Casanovas Memoiren wird sie auch nicht erwähnt. Immerhin: Wer weniger hat, muß es um so lauter und sichtbarer bekräftigen. Das aber tut die Peitsche!

Ja! So ist sie in der Tat ein wahrhaftes Symbol des „dritten Reiches“! Alle Hochstapelei und alle sadistische Nervenschwäche, die sich hier zu einem politischen System zusammenschließen, läßt sich durch sie geradezu knallend beweisen. Hitler ohne Reitpeitsche, Streicher ohne sie — das wäre ein Wilhelm der Zweite ohne Schnurrüssel, Napoleon ohne Stirnlocke. Das wäre einfach stillos und eine jüdische Fälschung der Weltgeschichte.

Nun ist freilich dem „dritten Reich“ in dieser prächtigen Symphonie von Tatbestand und Symbol ein Malör passiert: Ein pommerscher Rittergutsbesitzer (hah — Stahlhelm war der Kerl!) hat einen seiner armen Kulis mit der Reitpeitsche geschlagen. Dafür erkannte man ihm jetzt seine Bauernfähigkeit für drei Monate ab und brumnte ihm auch noch 500 Mark auf. Im Urteil wurde wörtlich vermerkt, daß mitten unter dem Gutspersonal „das Auftreten mit der Reitpeitsche allein schon provozierend wirken müssen“ . . .

Diese Richter! Am heiligen Symbol der gleichgeschalteten Deutschen haben sie sich vergriffen! Man sollte sie ihrem Kollegen, dem Jörn, schleunigst ausliefern! Was werden nun sämtliche Postsekretäre, Obermedizinalräte, Dachdeckermeister, Superintendenten und Bahnwärter Deutschlands beginnen, da sie die Peitsche, die sie schlägt, nicht mehr küssen dürfen, weil sie angeblich im „dritten Reich“ provokant wirkt? Und I.H.M. — doch auch i.h.m. haben sie sein Seelendäquod geklaut!

Der General von Liebert ist tot. Er war der berühmteste Vorgesetzte des weiland „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“, der sich bei Kriegsbeginn (Ich kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche!) sanft auflöste. Der General war seit dieser Zeit so gut wie vergessen, obschon er einmal ein besonders schmucker Palladin der Kaiserzeit gewesen war. Kaum, daß seinem Tod die gleichgeschaltete Presse, der er es doch gelehrt hat, wie man die „Marxisten“ ein bißchen bedrückt, drei Zeilen widmet!

Herr von Liebert hat das alles schon vorgelebt, was später die Nazis an Weinfaschen in der Reichstagsfraktion der SPD, an Austerneßen in den Gewerkschaftssekretariaten, an gefüllten Kaviarbottichen in den sozialdemokratischen Jugendheimen entdeckten. Wo ist sein Ruhm geblieben? Immerhin wurde der Reichslügenverband noch von einem leibhaftigen General geführt. Was wird man von dem in die Regimentschreibstube zur „Großen Zeit“ glückhaft entronnenen Gefreiten später sagen, wenn es mit seinem Lügenverband auch einmal so weit sein wird?

Der Boykott wächst

Eine Erklärung Untermyers

London, 20. November. (B.Z.)

Der Führer der amerikanischen Delegation, der zum Präsidenten der internationalen Boykottweltkonferenz anwesend ist, Samuel Untermyer, hat der Jüdischen Telegraphen-Agentur folgendes erklärt:

„In der internationalen und unparteiischen Konferenz sind Delegierte aus fast allen Ecken der Welt, aus Nord- und Südamerika, aus Ägypten, aus Südafrika, aus Großbritannien und den Dominions, aus vielen europäischen Ländern, Repräsentanten aller Rassen- und Glaubensbekenntnisse in London eingetroffen. Ziel der Konferenz ist es, den bereits bestehenden Weltboykott gegen Deutsche Waren und Dienste fester zu organisieren, ihn zu erweitern und zu intensivieren, die Leistung zu generalisieren und die verschiedenen Boykott-Tätigkeiten zu koordinieren. Der uns bisher zuteil gewordene Erfolg gibt uns die Überzeugung, daß unsere Aktion die Billigung der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt gefunden hat. Wir erwarten aber von einer solchen Weltaktion, sobald sie auf einer gut durchorganisierten und strikte unparteiischen Basis aufgebaut ist, noch bedeutend mehr Erfolge. Die Christlichen Kirchen und die organisierte Arbeiterkraft in der ganzen Welt sind durch die Vorgänge in Deutschland vielleicht noch tiefer betroffen als die Juden; sie leben in der Arbeit und in den Zielen der Nazis einen Vernichtungskrieg gegen die Zivilisation. Unbeschadet der fanatischen und hartnäckigen Anstrengungen des deutschen Propaganda-Ministeriums, die Boykottbewegung als eine jüdische Sache hinzustellen, geht es hier keineswegs um eine nur jüdische Frage; dies beweist schon der Umstand, daß ich das einzige jüdische Mitglied der

großen amerikanischen Delegation bin, ausgenommen Frau Mark Harris, die aber in der unparteiischen Frauenbewegung arbeitet. Der mit mir in London eingetroffene Dr. Paul Hutchison, Vorsitzender der Chicagoer Boykott Liga, nimmt in der protestantischen Kirche Amerikas eine sehr hohe Position ein, er ist Herausgeber des „Christian Century“, der bedeutendsten protestantischen Publikation in Amerika. Der ebenfalls in London anwesende Hon. S. M. Beamish aus Philadelphia, früherer Staatssekretär von Pennsylvania, ist einer der ersten Katholiken Amerikas.

Ich habe gebeten, fuhr E. Untermyer fort, mich nicht zum Vorsitzenden der Weltkonferenz zu wählen; ich bin Jude, und ich möchte nicht, daß diese Tatsache von den Nazis ausgeschlachtet wird, um diese Konferenz fälschlich zu einer jüdischen zu stempeln. Nein, diese Konferenz ist nicht jüdisch, sie ist eine spontane Erhebung der gesamten Zivilisation gegen den Versuch, die Arbeit von Jahrhunderten zunichte zu machen. In den amerikanischen Führern unserer Bewegung gehören Männer wie Oberst Theodore Roosevelt, Vizepräsident a. D. James W. Gerard, der Bürgermeister von New York, F. La Guardia, der frühere Kronanwalt der Vereinigten Staaten, James M. Beck, Oswald Garrison Villard, George Gordon Battle und andere.

Sie werden, schloß Untermyer, auf der Konferenz Informationen aus den verschiedenen Ländern austauschen und definitive Pläne ausarbeiten für eine zentrale Körperschaft, die in einem der Länder Sitz haben und in enger Verbindung mit den Organisationen der verschiedenen Länder stehen wird. Wir gehen nicht auf Sensationen und auf theoretische Beschlüsse aus, unsere Konferenz wird durch streng sachliche Arbeit charakterisiert sein.

Dänemark

Land ohne Antisemitismus

Kopenhagen, den 28. November.

Der Kopenhagener jüdische Verein von 1930 hat eine Kundgebung unter dem Motto: „Antisemitismus und Kultur“ veranstaltet, zu welcher Abgeordnete der vier dänischen politischen Parteien sprachen: der Führer der konservativen Partei Christinas Müller, der Liberale Bro, der Radikale Mager und der Sozialdemokrat Rasmussen. Sämtliche vier Redner haben ihrer Verblüffung Ausdruck gegeben, daß sie als Redner zu dieser Versammlung eingeladen wurden, da in Antisemitismus in Dänemark überhaupt nicht existiere und man sich nicht denken könne, daß dieses Uebel jemals in Dänemark Wurzel fassen könnte. Der konservative Christinas Müller bemerkte zwar, daß eine Infektion von 100.000 Fremdstämmigen für Dänemark unerträglich wäre, die dänischen Juden werden aber nicht als Fremde betrachtet und kein anderer als der Jude Georg Brandes war der beste Verteidiger der dänischen Nation und der glanzendste Stilist der dänischen Sprache. Der Radikale Mager unterstrich die Kulturfeindschaft des Antisemitismus. Der Sozialdemokrat Rasmussen bemerkte, daß es zwar in Dänemark keinen Antisemitismus gäbe, daß aber gewisse antisemitische Gefühle in gewissen Kreisen existieren, die man energisch bekämpfen müsse; sie entspringen hauptsächlich der Konkurrenzsucht und dem Haß gegen jüdischen Intelligenz und gegen jüdische Tüchtigkeit.

Urteil im Bombenschmuggelprozeß

Hohe Zuchthausstrafen

St. Gallen, 28. November 1931.

Unter höchstem Publikumsandrang erfolgte kurz nach 17 Uhr die Urteilsverkündung. Das Gericht sprach sämtliche sechs Angeklagte schuldig wegen Vergehens gegen Art. 2 des Gesetzes über den Gebrauch von Sprengstoffen und giftigen Gasen. Colly wurde zu drei Jahren Zuchthaus, Kölbl zu zwei Jahren und die Angeklagten Matt, Hämmerle, Raab und Birth zu vierzehn Monaten Zuchthaus verurteilt. Bei den verhafteten Angeklagten Matt, Hämmerle und Raab werden vier Monate Untersuchungshaft angerechnet. Sämtliche Angeklagten werden des Landes verwiesen, und zwar Colly und Kölbl lebenslanglich, die übrigen auf zehn Jahre. Die Verurteilung gegen Colly, Kölbl und Birth erfolgt in contumaciam. Die Kosten werden den Angeklagten unter solidarischer Haftbarkeit auferlegt. Der Rantion St. Gallen wird mit dem Vollzug der Freiheitsstrafen beauftragt. Die beschlagnahmten Sprengstoffe, Waffen und Propagandamaterial sowie das Motorboot „Seelöwe“ werden konfisziert.

Die „Deutsche Freiheit“

Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands

muß man regelmäßig lesen

Bestellschein

Ich ersuche um regelmäßige Zusendung der „Deutschen Freiheit“

Name:

Straße:

Ort:

....., den

Unterschrift

Verlag der „Deutschen Freiheit“

Saarbrücken 3 + Schützenstraße 5 + Postschloß 776

Deutscher Klub

Am heutigen Freitag um 21 Uhr spricht der Dramatiker Julius Hay, dessen Stück „Gott, Kaiser und Bauer“ Ende 1932 vom Spielplan des Deutschen Theaters wegen der Störungen der Nazis wieder abgesetzt werden mußte, über „Eigene Gedanken über die neuen Wege und neuen Richtungen der deutschen Nachkriegsdramatik“. — Gäste willkommen. Eintritt für Mitglieder frei, für Gäste 2.— Fr. Die Adresse des Deutschen Klubs lautet: Salons Le Périlyle, 31bis, Rue Vivienne, Paris 2^e (Métro: Bourse).

BRIEFKASTEN

Amerikanischer Freund. Sie schicken uns folgende Notiz aus Ihrer „New York Herald Tribune“ (4. November):

Hitler Is Wrong Name For Jew, Court Agrees
Morris Hittler, twenty-three years old, of 2991 Ripple Street, Brooklyn, will be known as Morris Hilton on and after December 14. Permission to change his name, effective on that date, was granted yesterday by Justice Peter P. Smith, of the Supreme Court in Brooklyn.

Hittler, petitioning for the right to change his name, said he was a member of the Jewish faith and that his present name had been continually „subjected to scorn, ridicule and embarrassment“. There was not mention in the petition of Adolf Hitler, leader of the German Reich.

Hier läßt sich also ein junger Jude tief getränkt und in keiner Ehre benachteiligt, weil er Hitler heißt. Er will einen anderen Namen und bittet um die Erlaubnis, sich Morris Hilton nennen zu dürfen. Vornehmerweise sagt er in der Eingabe nichts über den Grund seines Antrags.

Für den Gesamtabdruck verantwortlich: Johann Fiß in Dabweller; für Inserate: Otto Kubin in Saarbrücken. Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schützenstraße 5. — Schloß 776 Saarbrücken.

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

		im Monat	Zustellgebühr
Amerika	Dollar	1,—	0,50
Argentinien	Peso	3,—	1,—
Belgien	belg. Fr.	15,—	5,30
Dänemark	Kr.	3,70	2,30
England	sh	4,—	1,10
Frankreich	fr. Fr.	12,—	3,75
Holland	fl.	1,50	0,40
Italien	Lire	10,—	5,—
Luxemburg	belg. Fr.	15,—	5,30
Neubelgien	belg. Fr.	12,—	5,30
(Eupen-Malmedy)			
Oesterreich	(verboten)	—	—
Palästina	sh	4,—	1,10
Polen	(verboten)	—	—
Rumänien	Lei	90,—	30,—
Rußland	Rubel	1,—	—
Saargebiet	fr. Fr.	12,—	7,50
Schweden	Kr.	2,60	1,70
Schweiz	schw. Fr.	2,40	0,80
Spanien	Peseta	6,—	2,—
Tschechoslowakei	Kr.	30,—	5,50

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.